

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

| | |
|--|-----|
| Die Mitgliederversammlung 1965 des Grenzfriedensbundes | 67 |
| Ein Rückblick auf die Haderslebener Tage Tage des guten Willens / Herrliche Muster zur Nachahmung..... | 76 |
| <i>Rudolf Sieverts</i> Probleme der wissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland | 81 |
| <i>Hans Sølvhøj</i> Die Ausbreitung der Kunst | 89 |
| <i>Tage Madsen</i> Der Alltag in Hadersleben | 96 |
| <i>Walter Baumgarten</i> Das neue Gesicht der Grenzstadt Flensburg..... | 102 |
| Umschau ab Seite 118 | |

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,— DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,— DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Redaktion: Ernst Beier, Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Str. 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

DER TIEFERE SINN

Die Existenz der deutschen Volksgruppe, die sich seit 45 Jahren in der Bewährung befindet, erhielt historischen Rang als stabilisierender Faktor, als nach dem zweiten Weltkrieg südlich der deutsch-dänischen Grenze ein volklicher Zusammenbruch in der einheimischen deutschen Bevölkerung eintrat.

Ohne diesen stabilisierenden Faktor wäre es nicht möglich gewesen, ein neues Gleichgewicht der Kräfte im alten Herzogtum Schleswig unter Aufrechterhaltung der 1920 gezogenen Grenze zu schaffen. Und ohne ein solches neues Gleichgewicht wäre es weit schwieriger, wenn nicht unmöglich geworden, den freundschaftlichen Ausgleich zwischen Deutschland und Dänemark herbeizuführen, der jedem, der guten Willens ist, ein Herzensanliegen sein muß. Es war noch nicht zur Staatsbildung von Bonn, sondern nur zur Etablierung deutscher Länder gekommen, als im geistigen Zusammenwirken zwischen deutschen Nordschleswigern und Schleswig-Holsteinern eine grundlegende Serie von Spielregeln für eine bessere Zukunftsgestalt unseres Grenzlandes entwickelt wurde:

uneingeschränkte Freiheit der Gesinnung im Grenzland,

nicht Grenzrevision, sondern Überwindung des trennenden Charakters der Staatsgrenze,

sinnvolle Anwendung des Prinzips der Gegenseitigkeit zum Vorbild beider nationaler Minderheiten,

innerer Friede in unserer Heimat als Maxime jeder Grenzpolitik.

Diese Spielregeln, heute gutes Latein in den Hütten der Heimat ebenso wie auf dem Parkett der Hauptstädte, haben wesentlich zu der Entwicklung beigetragen, die trotz mancher Seitensprünge und Fußangeln doch über Kieler Erklärung, Kopenhagener Protokoll, Minderheitenverhandlungen, Bonner Erklärungen und Kontaktausschüsse zu den ruhigsten Verhältnissen im Grenzland seit dem

Erwachen des Nationalitätengedankens geführt hat.

Ernst Siegfried Hansen auf dem Knivsberg 1965

Die Mitgliederversammlung 1965 des Grenzfriedensbundes

Für die Durchführung der Mitgliederversammlung 1965 am 8. Mai im Parkhotel Thordsen in Husum hatte sich der Vorstand in einer eingehenden Aussprache dahin entschieden, die im Jahre vorher zum ersten Male durchgeführte Teilung in die eigentliche Mitgliederversammlung, die Aussprachekreise und darauf folgende Schlußbesprechung wiederum zu wählen, weil sie allgemein Anklang gefunden hatte.

Der starke Besuch der Mitgliederversammlung, die rege Anteilnahme der Teilnehmer an der allgemeinen Aussprache und in den Aussprachekreisen sowie die allseitige Befriedigung über den Verlauf und das lebhafte Presseecho waren eine Bestätigung dafür, daß man richtig entschieden hatte.

Schon vor Beginn der Mitgliederversammlung gab es ein lebhaftes Begrüßen der aus dem ganzen Grenzlande und darüber hinaus nach Husum Gekommenen. Nach einer Suite von Georg Friedrich Händel, gespielt von einem Husumer Kammerorchester unter der Leitung von Rektor Grabo, konnte der 1. Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, Dr. Johannsen, in der vollbesetzten Kleinen Kongreßhalle außer den Mitgliedern zahlreiche Gäste begrüßen, u. a. den schleswig-holsteinischen Innenminister Dr. Schlegelberger und den Oberbürgermeister von Flensburg, Heinz Adler, als Vertreter der deutschen Nordschleswiger den 1. Vorsitzenden, Harro Marquardsen, Generalsekretär Rudolf Stehr Schulrat Lessow und den Vorsitzenden des Schulausschusses, Lassen. Ein besonderer Gruß galt dem Ehrenvorsitzenden Jens Nydahl, der es sich trotz seines hohen Alters nicht hatte nehmen lassen, nach Husum zu kommen.

*

Zu dem Jahresbericht, der der Versammlung schriftlich vorlag, sagte Dr. Johannsen anschließend folgendes:

Fünfzehn Jahre Grenzfriedensbund

Ich möchte aus Anlaß unserer Mitgliederversammlung der Tatsache gedenken, daß wir ein bescheidenes Jubiläum feiern. Wir bestehen nämlich fünfzehn Jahre. Über die Motive, die zur Gründung des Grenzfriedensbundes führten, berichtete Jens Nydahl eingehend 1960. Er wies damals darauf hin, daß wir ohne Tradition beginnen mußten, daß es darauf ankam, in den schweren Nachkriegsjahren jenen, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, zu helfen und sie mit den

Werten der deutschen Kultur vertraut zu machen. Gleichzeitig aber wollten wir mit aufgeschlossenen dänischen Kreisen Kontakt suchen. Am Anfang begegneten wir mancher Kritik und manchem Unverstand sowohl auf deutscher als auch auf dänischer Seite. Davon legen die Akten und Zeitungsausschnitte jener Zeit beredtes Zeugnis ab. Doch wäre es nicht richtig, sie heute zu zitieren. Es ist aber eine schöne Pflicht, die Namen derjenigen zu erwähnen, die am 11. März 1950 die Satzung beschlossen: Paul Dölz aus Tönning, Jens Nydahl aus Kiel, Arthur Lechner aus Büdelsdorf, Walter Lurgenstein aus Husum, Herbert Sperling aus Büdelsdorf, Ernst Beier aus Flensburg, Franz Osterroth aus Kiel, Johannes Begier aus Westerland, Dr. Hermann Karl aus Flensburg, Richard Hansen aus Kiel, Carl Staack aus Friedrichstadt, Detlef Hansen aus Husum, Hans Pollock aus Schleswig, Ernst Harms aus Husum, Dr. H. P. Johannsen aus Flensburg.

In diesen fünfzehn Jahren, in welcher Zeit wir von 150 Einzelmitgliedern auf 1150 wuchsen (die Zahl der Organisationen als Mitglieder stieg von 27 auf 191), in diesen fünfzehn Jahren konnten wir dank der Hilfe des Bundes und des Landes eine soziale Arbeit im materiellen Werte von 1 187 000 DM leisten. Rund 72 Prozent unserer Ausgaben entfielen jährlich auf diese soziale Betreuungsarbeit. Diese Zahl ist schnell mitgeteilt, aber ich bitte, einen Augenblick darüber nachzudenken, wieviel sich an Hilfsbereitschaft des einzelnen unserer großen Helferschar in ihr verbirgt, und daher darf ich an dieser Stelle diesen Helfern, die wir in den Ortsvereinen der Arbeiterwohlfahrt und in der gesamten Lehrerschaft zu suchen haben, unseren aufrichtigen Dank sagen. Sicher bereitet es jedem Freude, helfen zu dürfen, aber wieviel Einfühlungsvermögen, wieviel Freude und Enttäuschungen, wieviel Zeitaufwand und Kraft dazu gehören, diese Freude zu bereiten, wissen nur die, die wirklich in der Arbeit stehen. Manches Konfirmationsfest, mancher Weihnachtsabend, manche Reise in der Gemeinschaft erhielt auch im Jahre 1964 von hier aus einen kleinen Glanz. Der schönste Dank wird den Helfern durch das Bewußtsein zuteil, nützen zu können und Freude zu bereiten. Auch in dem bestgeordneten Wohlfahrtsstaat wird es immer soziale Aufgaben oder solche menschlicher Natur zu lösen geben, die sich der Perfektionierung und Mechanik der Gesetze entziehen und deren glückliche Lösung für das Lebensgefühl einer ganzen Bevölkerung von Bedeutung sind. Es wird immer eine der vornehmsten Aufgaben des Grenzfriedensbundes bleiben, sich auf sozialem Gebiet zu betätigen.

Unsere Kultur- und Kontaktarbeit entwickelte sich 1964 in fruchtbarer Weise. Die Grenzfriedenshefte sind ein wichtiges Forum der grenzpolitischen Debatte in unserem Lande geworden. Tagungen und Besprechungen, auch mit dänischen Freunden, haben wieder stattgefunden. In der Reihe der repräsentativen Tagungen, ich denke beispielsweise an die große Minderheitenschultagung in Kiel 1956, kommt einer sehr fruchtbaren Arbeitsbesprechung im Oktober des

vergangenen Jahres besondere Bedeutung zu. Sie wurde in engster Zusammenarbeit mit Danmarks Lærforening und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Schleswig-Holstein durchgeführt. Deutsche und dänische Kollegen tauschten berufliche Erfahrungen aus und fanden menschlichen Kontakt. Es steht zu erwarten, daß eine ähnliche Begegnung in diesem Jahr in Apenrade folgen wird. Alle unsere Tagungen, das darf ich hier feststellen, waren durch eine offene Aussprache mit dänischen Freunden von Anfang an gekennzeichnet. Ich kann dies alles hier nur andeuten, darf aber feststellen, daß sich die Prinzipien der Arbeit, wie sie von Detlef Hansen und Jens Nydahl festgelegt wurden, als richtig erwiesen haben. Der Grenzfriedensbund darf heute Mitarbeiter an einem großen Werk sein, nämlich an der Verbesserung der äußeren Lebensumstände der Grenzbevölkerung, an der Stärkung einer bewußten mitbürgerlichen deutschen Gesinnung in unserem Landesteil und er ist Teilnehmer an wesentlichen Gesprächen auch über die Grenze hinweg.

Wenn ich ein neues Mitglied werbe, pflege ich scherzhaft zu sagen: Wir brauchen nicht Ihr Geld, sondern Ihre Person. Natürlich sind wir auch für Mitgliedsbeiträge empfänglich. Aber lassen Sie uns nicht zu bescheiden sein, sondern Mut haben, festzustellen, daß man eigentlich, wenn man in der Zeit und mit der Zeit lebt, Mitglied des Grenzfriedensbundes sein könnte und sein sollte. Ich appelliere deswegen an alle, uns neue Mitglieder zuzuführen, denn wir leben in einer Zeit, in der die Zahl eine große Rolle spielt. Lassen Sie diesem Gesetz uns beugen, ohne der Zahl zu verfallen. Lassen Sie uns einen großen Kreis der Bevölkerung schaffen, der die deutsche, die schleswig-holsteinische, die dänische Geschichte in dem Ergebnis, das wir zu verwalten haben, bejaht. Darauf kommt es an, daß wir dies von uns sagen, daß wir uns unserer Zeit stellen!

Darauf erstattete Herr Ernst Harms als Kassenführer den Bericht über die finanzielle Lage im abgelaufenen Geschäftsjahre. Die Revisoren hoben die Sorgfalt der Kassenführung hervor und beantragten sowohl Entlastung des Kassierers als auch des Vorstandes, dem einstimmig stattgegeben wurde.

Die Neuwahl des Vorstandes

Der nach der Satzung jeweils zwei Jahre amtierende Vorstand aus neun Mitgliedern war in diesem Jahre neu zu wählen. In der folgenden Wahl wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder Dr. Johannsen, 1. Vorsitzender, Ernst Beier, 2. Vorsitzender; Ernst Harms, Kassenführer; Franz Siegfriedt, Heinz Schlüter und Franz Osteroth, Beisitzer, in ihren Ämtern bestätigt. Als Vorstandsmitglieder neu gewählt wurden der Oppositionsführer des Schlesw.-Holst. Landtages, Wilhelm Käber, Kiel; Oberbürgermeister Heinz Adler, Flensburg; Diplombibliothekarin Iwersen, Flensburg.

Heinz Adler, geb. 31. Oktober 1912 in Breslau. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften; seit 1944 Rechtsanwalt, ab 1946 in Oldenburg/Holst., 1950 Notar. 1963 zum Oberbürgermeister in Flensburg gewählt. Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages seit 1946.

Martha Iwersen, geb. am 6. März 1915 in Rödding/Nordschleswig; nach der Volksabstimmung 1920 nach Mölln/Lauenburg verzogen; Abitur in Ratzeburg; Besuch der Deutschen Büchereischule in Leipzig; seit 1941 Diplom-Bibliothekarin, zunächst in Diedenhofen, dann in Innsbruck, seit 1945 in Flensburg.

Wilhelm Käber, geb. am 27. Dezember 1896 in Duderstadt/Hann. Volksschullehrer von 1921 bis 1925; als Kommunalbeamter tätig von 1925 bis 1933; Kaufmann von 1933 bis 1945. Von 1947 bis 1950 schleswig-holsteinischer Innenminister, 1949 bis 1950 auch stellvertretender Ministerpräsident. Oppositionsführer des Schleswig-Holsteinischen Landtages und Fraktionsführer der SPD seit 1953.

Zum Gedenken an Walter Lurgenstein, den verstorbenen Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes, hatte der Vorstand vor Beginn der Mitgliederversammlung an seinem Grabe einen Kranz niedergelegt.

Dem Vorstandsmitgliede Axel Henningsen, der seines Alters wegen nicht wiedergewählt zu werden wünschte, dankte Dr. Johannsen für seine wertvolle Mitarbeit und übermittelte dem Ausscheidenden diesen Dank mit nachstehendem Briefe:

Lieber Herr Henningsen! Am vergangenen Sonnabend fand ja unsere Jahresversammlung statt, von der ich glaube sagen zu können, daß sie gut verlief. Ich habe die Mitgliederversammlung von Ihrem Entschluß, aus dem Vorstand auszuschneiden, in Kenntnis gesetzt, was spürbar mit aufrichtigem Bedauern zur Kenntnis genommen wurde. Ich bin beauftragt, dem, wie festgestellt wurde, in mehr als einer Beziehung profitierten Vorstandsmitglied für seine Arbeit zu danken. Ich tue das hiermit und habe damit zunächst meiner äußeren Pflicht genügt. Darf ich nun aber, lieber Herr Henningsen, ganz persönlich Ihnen danken, für alles das, was ich durch viele Jahre von Ihnen gelernt habe, was ich an Ihnen verehere und darf ich mich der aufrichtigen Hoffnung hingeben, daß ich weiterhin bei Ihnen Rat suchen darf, wenn es nötig ist.

Die Aussprachekreise

zu aktuellen Fragen des Grenzlandes

Im Anschluß an den allgemeinen Teil der Mitgliederversammlung fanden sich die Teilnehmer in zwei Aussprachekreisen zusammen:

Aussprachekreis 1

Schleswig-Holstein - Aufgabe und Modellfall

Grundlage der Aussprache, deren Leitung Dr. Johannsen hatte, war der Aufsatz von Innenminister Dr. Hartwig Schlegelberger im Grenzfriedensheft 1/1965 — auf den hier nochmals hingewiesen sei —, in dem er Gedanken zur aktuellen geistigen und politischen Situation des Grenzraumes Schleswig in einem größeren Zusammenhang dargestellt hat, wie ähnlich schon auf der Sankelmarktagung der deutschen Nordschleswiger zu Beginn dieses Jahres und wenig später anlässlich der Sankelmarkfeier am 6. Februar. Durch die von ihm aufgeworfene Frage, ob es heute noch zeitgemäß sei, von Minderheiten zu sprechen, und sein Plädoyer für eine Magna Charta des Grenzlandes sind seine Gedanken besonders bekannt geworden und haben ein außerordentlich starkes Presseecho gefunden.

In diesem Aussprachekreis war nun die Möglichkeit gegeben, Herrn Dr. Schlegelberger zu den von ihm aufgeworfenen Fragen persönlich zu hören und Zweifelsfragen zu klären.

Über den Verlauf der Aussprache schrieben die „Husumer Nachrichten“ u. a.:

Wie nicht anders zu erwarten, wurde in der Aussprache auch nach dem Begriff „Minderheit“ gefragt. Im Gegensatz zu Dr. Schlegelberger wie auch zu anderen Gesprächsteilnehmern, die diesen Begriff gerne vermieden sehen wollten, meldete Regierungsdirektor Dr. Onnasch, der neue Beauftragte der Landesregierung für Fragen des Grenzlandes, ausdrücklich Protest dagegen an, das Wort zu vermeiden. Erstens stimme es gar nicht, wie immer behauptet werde, daß das Wort „Minderheit“ die Jugend abstoße; sie fühle sich im Gegenteil eher von unterprivilegierten Minderheitsgruppen angezogen. Zweitens aber, sagte Dr. Onnasch, handele es sich doch tatsächlich um Minderheiten, die aus der Natur der Sache heraus gar nicht die Tendenz haben könnten, einmal eine Mehrheit zu werden. Er habe im übrigen in den letzten drei deutsche Verfassungen vergeblich nach Minderheitsparagrafen gesucht. In der Weimarer Verfassung habe es zwar einen „Völkerverständigungspassus“ gegeben, der aber wieder aufgehoben worden sei durch die verfassungsmäßige Bestimmung, daß in den Schulen des deutschen Staatsbereichs aller Unterricht allein im Sinne des Deutschtums abgehalten werden müsse, eine Auffassung, die in den Kommentaren zur Verfassung noch in verschärftem Maße zum Ausdruck gekommen sei.

Und zur gleichen Frage der Benutzung der Vokabel „Minderheit“ schrieb R. K. Holander in einer Vorbetrachtung zur Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes in der gleichen Tageszeitung folgendes:

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß kurz nach der Rede des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Dr. Lemcke vor der Jugend der FUEV der Landtagspräsident Dr. Roloff auf der Landesversammlung des Südschleswigschen Wählerverbandes sehr bewußt nicht von „Minderheit“ sprach, sondern die Bezeichnung „Dänische Volksgruppe“ gebrauchte. Auch hier handelt es sich offensichtlich um ein Bestreben zur „Entschärfung“ — und dieses

Bestreben ist auch solange begrüßenswert, als es nicht zur Verschleierung der eigentlichen Probleme oder gar bewußt dazu dienen soll.

Aussprachekreis 2

Planung — Verkehr — Industrie / Bemerkungen zu Regionalfragen in dem Raum zwischen Hamburg und Kopenhagen aus der Sicht einer Grenzstadt

Das recht weitgespannte Thema des anderen Arbeitskreises unter der Leitung von Ernst Beier gab Oberbürgermeister Heinz Adler Gelegenheit, den Zuhörern die Voraussetzungen einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung Flensburgs darzulegen und auf die Bedeutung der Stadt für den gesamten Grenzraum Schleswig hinzuweisen. Ausgangspunkt der Aussprache waren die darauf bezüglichen Fragen des Ausspracheleiters:

Entspricht der geistigen, kulturellen und politischen Sonderstellung des Grenzraumes Schleswig — siehe hierzu Dr. Schlegelberger — eine entsprechende wirtschaftliche bzw. planerische Konzeption?

Wie steht es um die besondere Lage Flensburgs als der einzigen Großstadt in diesem Raum?

Wie steht es um eine Gesamtschau in bezug auf den Grenzraum Schleswig und damit um eine Planung über die Grenze hinweg?

Nach der „Flensburger Presse“ hob Oberbürgermeister Adler hervor, Schleswig-Holstein sei durch seine Randlage, die ein alleiniges Produkt der Politik sei, zur Planung gezwungen. Bei der Planung, deren drei Stufen er aufzeigte, müßte aber neben Politik, Wirtschaft und Technik auch die Kultur als eine wichtige Komponente berücksichtigt werden, die unser Leben bestimmt. Die Randlage Schleswig-Holsteins müsse durch Verkehrserschließungen (Autobahn, E3, B5, Schiene, Flugplatz) überwunden werden. Der OB stellte heraus, daß Flensburg durchaus Voraussetzungen für eine Industrieansiedlung biete, denn es habe eine eigene zentrale Bedeutung in dem Raum zwischen Kopenhagen und Hamburg. Dazu brauche man neben der eigenen Initiative, die gerade im Hinblick auf die Ansiedlung weiterer Industriebetriebe entwickelt werde, die tatkräftige Unterstützung durch Bund und Land. Mit Stolz könne Flensburg auch auf einen Reichtum an kulturellem und schulischem Leben hinweisen. Ohne solchen „kulturellen Boden“ wäre sonst eine Industrieansiedlung nicht möglich.

Die „Husumer Nachrichten“ schrieb über die Aussprache: In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß der Landesteil Schleswig durchaus kein einheitliches Gesicht im Hinblick auf die Landesplanung zeige. Vor allem dann, wenn man die politisch-kulturelle und die wirtschaftliche Lage im Zusammenhang sehe, müsse Nordfriesland als Raum eigener Prägung und mit eigenen Problemen genannt werden. Die Sorge um die Erhaltung friesischen Volkstums bedinge auch eine

besondere Konzeption für die Planung. Ohne einer Isolierung der Landschaft das Wort reden zu wollen, müsse doch bei allen planerischen und wirtschaftsfördernden Maßnahmen bedacht werden, daß die Landschaft derartige Maßnahmen aus eigenen Kräften nicht tragen könne, daß also immer mit einem Eindringen landschaftsfremder Elemente gerechnet werden müsse, die eine Bedrohung für das Friesische darstellten.

Zweifellos erfordere der Prozeß der Verstädterung und der Kommerzialisierung, in dem wir uns befinden, große Räume, und es werde auch eine Wanderung in größeren Räumen stattfinden. Einer zunehmenden Entleerung unseres Raumes als Folge des wirtschaftlichen und kulturellen Gefälles könne jedoch entgegengewirkt werden. Dazu sei erforderlich, unternehmerische Initiative zu entfalten und die Attraktivität des Raumes zu vergrößern. An Hand der negativen Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes wurde aber auch gezeigt, wie abhängig die Entwicklung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung ist.

Anknüpfend an eine Bemerkung Adlers, daß sich seit 1945 im Raum südlich der Grenze 26 dänische Betriebe mit zusammen 1600 Beschäftigten niedergelassen haben, bedauerte der Vorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Harro Marquardsen, daß es kaum deutsche Betriebe nördlich der Grenze gebe. Die deutschen Nordschleswiger müßten bedauern, daß das Interesse an der Errichtung deutscher Betriebe nördlich der Grenze nur sehr mangelhaft sei.

Der Abschluß der Mitgliederversammlung

Wegen der begrenzten Zeit mußte die sehr lebhaft ausgeführte Aussprache in beiden Arbeitskreisen zum allgemeinen Bedauern leider vorzeitig abgebrochen werden. In der Schlußbesprechung faßten die Ausspracheleiter das Ergebnis ihrer Arbeitskreise für den gesamten Teilnehmerkreis kurz zusammen, und Dr. Johannsen beendete die Mitgliederversammlung mit folgendem Schlußwort: Stand naturgemäß im Gedenkjahr 1964 die Betrachtung der geschichtlichen Ereignisse stärker im Vordergrund, so fügte sich, meine ich, sinnvoll in diesem Jahre der Blick auf die Gegenwart und Zukunft an. Wir kennen auch aus der historisch-politischen Diskussion die Begriffe des taktischen und strategischen Denkens. Diejenigen, denen in der Gestaltung des politischen und kulturellen Bildes einer Landschaft Verantwortung zufällt, sind gut beraten, wenn sie über der Forderung des Tages nicht versäumen, dem Atem geschichtlichen Wirkens zu lauschen. Als das dänische Regiment zwischen 1848 und 1864 Unfrieden im südlichen Schleswig schaffte, als in der preußischen Zeit der Unverstand des Regimes Bitterkeit unter den dänischen Landsleuten schuf, galt das Gesetz „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Aber selbst damals rissen nicht alle Bande unter den Landsleuten, ja sogar der Humor behauptete sich oft, wenn auch in sarkastischer

Form. Dem Jahrhundert kosmopolitischen Denkens folgte das des übersteigerten Nationalismus. Ihm wieder folgte unser Jahrhundert, aus dessen tragischen Verwirrungen in unserer Landschaft sich ein neues Denken entwickelte. Wir könnten es die Zeit der Partnerschaft nennen. Auch wir hier haben versucht, an diesem neuen Fundament mitzuarbeiten, einem Fundament, auf dem wir ein ganz neues Schleswig errichten möchten, ein Land, in dem Deutsche und Dänen als gleichberechtigte Landsleute wohnen, die jeder ihrer volklichen Familie angehören und sich zugleich als Verwandte fühlen. Verwandte lieben sich nicht immer, aber sie halten letzten Endes doch zusammen.

In diesem Lande wirken seit etwa 900 Jahren sowohl die Kräfte des Schleswiger als auch des Ripener Domes, d. h. der Geist, den diese Gotteshäuser symbolisieren. In diesem Lande ist man bereit, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, aber man stellt das Volk höher als die staatliche Organisation. In diesem Lande will man zur weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen die Wirtschaftsgrenzen, die sich an einem politisch unfreundlichen Himmel abzeichnen, überwinden. In diesem Lande feiert und betet man in der Sprache, die einem die hohe ist. Aber man freut sich, in der Sprache des Nachbarn über den Zaun plaudern zu können, und auf beiden Seiten des Zaunes sollte jeder, der dieses noch nicht kann, es lernen. Wir alle aber sollten unsere Parlamente im Dorfe, der Stadt und den Hauptstädten dazu ermutigen, daß Ordnungen und finanzielle Situationen getroffen werden, die als recht und billig zu bezeichnen sind, wobei vielleicht die Anregung ausgesprochen werden darf, daß man auf beiden Seiten recht und billig denke, sowohl auf der Seite der Parlamente als auch auf der Seite derer, die etwas von den Parlamenten wollen. Das gilt für beide Staaten, an die wir hier denken. Wo Leben ist, ist Spannung. Wo Spannung ist, da ist die Harmonie ein erstrebenswertes Ziel.

*

In der Großen Kongreßhalle fanden sich dann alle Teilnehmer zum gemeinsamen Mittagessen zusammen, und das lebhafte Gespräch während des Essens und im Anschluß an dasselbe war ein Zeichen dafür, welche starken Anregungen die Mitgliederversammlung den Teilnehmern gebracht hatte.

AUS DER SOZIALARBEIT DES GRENZFRIEDENSBUNDES

Der sozialen Betreuungsarbeit haben wir uns auch im Geschäftsjahr 1964 ganz besonders angenommen. Insgesamt wurde hierfür die Summe von 94 476,29 DM aufgewendet, etwa 71 Prozent der Gesamtausgaben.

Für Konfirmationsbeihilfen und Beihilfen anlässlich der Schulentlassung

wurden 21 675,— DM verausgabt, die verteilt wurden durch 29 Verbände der Arbeiter- Wohlfahrt an 443 Familien mit 20 015,— DM, 9 Schulen an 29 Familien mit 1185,—DM und eine Gruppe des Grenzfriedensbundes an 13 Familien mit 475,— DM.

Bei Schulfahrten und Schullandheimaufenthalten

wurden 2227 minderbemittelte Eltern mit 41 705,— DM bedacht, und zwar für 1401 Kinder bei 5807 an Fahrten teilnehmenden Kindern mit 27 837,— DM; für 826 Kinder bei 3258 an Schullandheimaufenthalten teilnehmenden Kindern 13 868,— DM; für andere Zwecke erhielten Schulen 2988,— DM.

Jugendorganisationen und Turn- und Sportverbänden

wurden für 313 minderbemittelte Teilnehmer an Fahrten und Lagern (Gesamtteilnehmerzahl 1270) Beihilfen in Höhe von 5265,— DM gewährt. Zur Beschaffung von Turn- und Sportkleidung u. a. wurde zu Weihnachten ein Betrag von 3950,— DM zur Verfügung gestellt. Es wurden 310 Jugendliche aus 80 Vereinen bedacht.

An Beihilfen zum Weihnachtsfest

wurden 14 055,— DM verteilt, und zwar 12 645,— DM über 32 Orts- bzw. Kreisausschüsse der Arbeit-Wohlfahrt, 1290,— DM über 5 Schulen und 120,— DM durch eine Ortsgruppe des Grenzfriedensbundes. 416 Familien konnten auf diese Weise bedacht werden.

Ein Rückblick auf die Haderslebener Tage

Die Haderslebener Tage sind gewesen — und schon wieder vergessen? Unsere Zeit ist schnelllebig. Wie bald wird das eine Ereignis von einem anderen überholt und in den Hintergrund gedrängt, leider! Daß Deutsch-Dänische Tage bzw. Dänisch-Deutsche Tage in der Form, wie sie bisher durchgeführt wurden, überhaupt stattfinden konnten, war durchaus nicht selbstverständlich — und man sollte alles tun, sie auch für die Zukunft zu erhalten.

Daß die Tücken des Objekts den Veranstaltern dabei manchmal den einen oder anderen Streich spielen, vielleicht auch nicht alle „Imponderabilien“ einkalkuliert und berücksichtigt worden sind, wer will es denen, die sich um das Zustandekommen solcher Tage mühten, ankreiden oder gar verübeln? Mit solchen unvorhergesehenen Pannen und entsprechenden psychologischen Reaktionen, die der Alptraum aller mit der Vorbereitung Betrauten sind, galt es auch diesmal bei den „Haderslebener Tagen“ fertigzuwerden. Eine gewisse Mißstimmung, daß nicht alles so geworden war, wie man selbst sich die Sache wohl vorgestellt und gewünscht hatte, klingt noch in der Begrüßung an, die der „Nordschleswiger“ den Haderslebener Tagen gewidmet hat. Da auch das zum Bilde gehört, bringen wir sie nachstehend im Auszuge.

Wenn dann alles „gelaufen“ und besser verlaufen ist, als man es nach all den Sorgen vorher erhoffen konnte, sieht die Sache ganz anders und viel freundlicher aus, wie aus den Betrachtungen von Dr. H. P. Johannsen hervorgeht, die dieser nach Abschluß der Tage im „Flensburger Tageblatt“ veröffentlichte. Als Mitglied des Vorbereitenden Ausschusses für die „Haderslebener Tage“ mit dem Drum und Dran in allem vertraut und mitverantwortlich, darf man ihm wohl zustimmen, wenn er den Verlauf freundlich und positiv kommentiert.

*Die Plauderei von Tage Madsen über den wieder eingekehrten „Alltag in Hadersleben“ wird sicher mit Schmunzeln zur Kenntnis genommen werden und auch in ihrer sachlichen Unterrichtung Interesse finden. Im übrigen ist es natürlich unmöglich, im Rahmen der Grenzfriedenshefte über alles zu berichten, was sich in Hadersleben ereignete. Wir bringen nachstehend aber sowohl den Vortrag von Professor Dr. jur. Rudolf Sieverts, Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, als auch den des dänischen Kultusministers Hans Sølvhøj.-
eb-*

TAGE DES GUTEN WILLENS

Wir haben es hier, südlich wie nördlich der Grenze — und das ist das Bemerkenswerte —, mit Begegnungen zu tun, die kommunaler Initiative entsprungen sind. Nicht die Staaten sind es, die aus irgendwelchen Gründen der

Zweckmäßigkeit Menschen zweier Völker zu gemeinsamen Tagen zusammenführen, es ist das Grenzland selbst, das hier ganz schlicht gute Nachbarschaft und europäische Gesinnung vorexerziert.

Stellt man die Frage nach der Grundlage der jetzt anlaufenden Begegnung, lautet die Antwort ganz gewiß nicht: deutsch-dänische Freundschaft. Sie kann es gar nicht, denn es gibt heute noch keine vom Vertrauen beider Seiten getragene deutsch-dänische Freundschaft. Ob sie sich im Laufe der Jahrzehnte entwickeln wird, steht in den Sternen geschrieben. Wir sagen das so deutlich, um zu unterstreichen, daß Hadersleben im Jahre 1965 nicht die geeignete Stätte für überschwengliches Pathos oder für Verbrüderungsreden ist. Die zarte Pflanze der sich in erfreulicherweise entwickelnden deutsch-dänischen Verständigung will behutsam behandelt sein.

Handelt es sich nicht um Tage der Freundschaft, was bleibt dann als Grundlage der Begegnung übrig? Nun, unserer Ansicht nach sehr viel. Es handelt sich bei den Veranstaltungen in Hadersleben um Tage des guten Willens. Dahinter steht die betonte und nüchterne Bereitschaft der nordschleswigschen Stadtparlamente, zur guten Nachbarschaft zwischen zwei Völkern beizutragen. Tage des guten Willens, des offenen und freimütigen Gesprächs, das ist es, was mit der Haderslebener Begegnung bezweckt wird.

Die Zielsetzung ist durchaus begrenzt. Man erstrebt unter keinen Umständen ein leicht brennendes Strohfeuer der Verbrüderung, das schon verlöscht wäre, bevor die Gäste nach Hause zurückgekehrt sind. Man wünscht gerade im Grenzland nicht einen undefinierbaren nationalen Brei. Man hält ein gutes und auch fruchtbares Einvernehmen zwischen Menschen, die sich des Wertes ihres eigenen Volkes bewußt sind, für wichtiger. Es handelt sich im Grunde ganz einfach darum, ein wenig gegenseitiges Vertrauen zu schaffen, sich persönlich kennenzulernen und Verständnis zwischen Deutschen und Dänen aufzubauen — ohne daß damit ein Verzicht auf die eigenen volklichen Rechte und Notwendigkeiten verbunden ist. Man strebt eine natürliche Wechselwirkung zwischen den Völkern über eine der Grenzen hinweg an, die eine der europäischen Nahtstellen ist. Im Hintergrund steht das Wissen darum, daß der freie Teil Europas in seinem Schicksal von dem Willen und der Fähigkeit zur Zusammenarbeit abhängt. Sicherlich auch die Erkenntnis, die wir oft an dieser Stelle betont haben, daß wir als Dänen und Deutsche heute wahrscheinlich mehr gemeinsam zu verteidigen haben, als uns trennt.

Die Vorbereitung des Treffens stand nicht in jeder Beziehung unter einem guten Stern. Die Absage zweier Minister ließ die Tendenz bisweilen etwas lustlos werden. Es ist auch nicht unbekannt geblieben, wie sehr es gerade uns betrübte, daß keine der vielen Vorträge und Veranstaltungen in einer der durchaus geeigneten Institutionen der deutschen Minderheit abgehalten wird. Gewiß, zur

Tradition der von kommunaler Seite veranstalteten deutsch-dänischen Treffen gehört es, nationalpolitische Probleme auszuschalten, aber es hieße doch wohl, an der Wirklichkeit vorbeizusehen, wollte man die Existenz und die Aufgabe der deutschen und der dänischen Minderheit im Grenzraum unbeachtet lassen. Zur Gestaltung der Nachbarschaft sind ja nicht nur die Mehrheiten auf deutscher und dänischer Seite, sondern auch die auf der „anderen Seite“ der Grenze lebenden deutschen und dänischen Bevölkerungsteile berufen. Auf die Goldwaage legen wollen wir geschehene Versäumnisse jedoch nicht, wir möchten sie aber auch nicht unerwähnt lassen, weil es schließlich auch im Grenzland wichtig ist, Erfahrungen zu machen und aus Fehlern Lehren zu ziehen.

„Der Nordschleswiger“

HERRLICHE MUSTER ZUR NACHAHMUNG

Schon die Silhouette von Hadersleben offenbart vieles von der Geschichte dieser reizend gelegenen Stadt. Im Tale kauert sich die Altstadt — beherrscht und beschützt vom Dom. In der Ferne verliert sich der Blick über den vielen Häuserblocks modernen zivilisatorischen Lebens. Auch Hadersleben breitet sich aus.

Jenseits des „Dammes“ liegt der alte Friedhof, auf dem zwei Söhne dieser Stadt ruhen: der dänische Nordschleswiger Holger Andersen und der deutsche Nordschleswiger Fritz Fugsang. Beide wurzelten in Nationalkulturen, was beide zu großem Wissen und großer Wirkung befähigte, beide verkörperten einen Geist, der auch den Geist dieser an diesem Morgen beginnenden Dänisch-Deutschen Tage bestimmte.

Zwei zehnjährige Jungen gehen mit der Selbstverständlichkeit des noch ungebrochenen Daseins zur Schule. Sie wissen sicherlich noch nichts von den beiden Bürgern auf dem Friedhof. Aber man fühlt sich versucht, ihnen zu wünschen, daß sie in ihre Atmosphäre hineinwachsen möchten.

*

Wir versammeln uns im Dom, erleben erneut seine grandiose Architektur im Einklang mit dem Geschehen des Tages der deutsch-dänischen Begegnung: die Vielfalt der Pfeiler und Bögen ist verwirrend und harmonisch zugleich. Wir singen die gleichen Lieder, jeder in seiner Sprache. Der Bischof findet wahrhaft bischöfliche Worte in der Auslegung eines Bibelwortes, das er ohne Verkrampfung mit dem kulturellen, ja sogar politischen Sinn dieser Tage nahtlos verbindet. Später, im Vortrag, erweist er sich als ebenso glänzender wie gründlicher Darsteller der Gedanken Kirkegaards, dieser großen Gestalt der europäischen Geistesgeschichte, die nicht zuletzt uns Deutschen so viel bedeutet und die doch zugleich typisch dänisch ist.

Die Presse des Grenzlandes hat über das Geschehen berichtet, die einen mehr,

die anderen weniger. Bleibt noch etwas zu sagen? Vielleicht dies: die Flensburger Tage und die Deutsch-Dänischen Tage in Nordschleswig sind eine Einrichtung geworden, die heute von allen begrüßt wird. Sie sind, wie der Flensburger Stadtpräsident sagte, eine Resolution des guten Willens, und sie sind nach den Dankesworten, die der Flensburger Oberbürgermeister an die nordschleswigschen Städte richtete, eine Stätte des Kontaktes, den wir alle brauchen. Sie sind vor allem, wie der Bürgermeister der gastgebenden Stadt sagte, ein kleiner, aber dem Gesetz unserer Landschaft gemäßer Beitrag der menschlichen Integration in unserem lieben, alten und von so vielen Fiebern geschüttelten Europa. In ihrem Gedanken und in ihrer Organisation stellten sie etwas Neues in dem so lebendigen Kulturleben zu beiden Seiten der Grenze dar. Laufend ist ihr Programm besprochen und auch kritisiert worden, und das ist gut. Keine geistige Planung, keine technische Ordnung einer solchen Begegnung kann jemals vollkommen sein, doch dürfte sich eine Erkenntnis herausgestellt haben, nämlich die, daß die Veranstalter zwar eine so breit wie mögliche Schicht der Grenzlandbevölkerung ansprechen möchten, jedoch unter keinen Umständen auf Kosten des Niveaus. Wir glauben, daß die Veranstalter hier recht tun.

Und dann die Minister! Zwar haben wir bedauert, daß zwei von ihnen nicht kamen — der eine jedoch, der da kam, vertrat sie in glänzender Weise. Und ohne uns dem Verdacht mangelnden Respekts vor Amt und Person auszusetzen, so dürfen wir sicher gerade mit der Zustimmung eines klugen Ministers sagen: Auch die Minister erfanden nicht die Weisheit, sondern die Weisheit erfand als Diener die Minister. Anders ausgedrückt: Man sollte sich davor hüten, Begegnungen so intensiver Art zum Startum werden zu lassen.

Der Kirkegaardvortrag führte uns an die Grenzen der menschlichen Existenz und zwang uns erneut zu heilsamem Nachdenken. Die beiden Vorträge über Tendenzen der modernen Literatur in beiden Ländern offenbarten erstaunlich gleichlaufende Entwicklungen. Sie machten Erkrankungserscheinungen im Bezirke der Gesellschaft und damit auch die Dichtung aus gleichen Ursachen deutlich, enthielten aber auch hoffnungsvolle Aspekte der alten Wahrheit, daß der Dichter seziert, deutet und heilt. Die Vorträge über die realen Gegebenheiten unserer heimatlichen Landschaft an der Westküste waren einerseits nüchtern und technisch — fast zu sehr —, andererseits sehr symbolhaltig; denn man kann nicht Deicharbeiten in Højer machen, wenn man nicht gleichzeitig in der gleichen Absicht bei Klanxbüll arbeitet. Die Vorträge des dänischen Kultusministers und des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz zeigten, wie lebenswichtig der Zusammenhang von Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Volk geworden ist. Das dänische Orchester an der Grenze machte die Welt der Harmonie erneut offenbar.

*

Wir meinen also, ein gutes Programm gehört zu haben, bei dem nur ein Wunsch offenblieb, nämlich daß wie bei früheren Gelegenheiten wieder einmal geschichtliche oder auch gegenwärtige politische Fragen der engeren Heimat berührt werden müssen; denn darin unterscheiden wir uns von Veranstaltungen schon in Lübeck und erst recht in Dortmund oder Stuttgart. Wir möchten an dieser Grenze als Dänen oder Deutsche leben, uns unterscheiden und doch zusammenfinden. Das ist leicht gesagt, aber im frischem Gedenken an die Geschichte der letzten hundert Jahre nicht ohne weiteres leicht getan. Wir möchten auch von diesen Veranstaltungen nach und nach eine Wirkung auf die kleinen und großen Parlamente unserer Länder erwarten, auf daß denen, die sich zu dem einen oder anderen Volksteil bekennen, es nicht erschwert werde, dieses zu tun. Freilich möchten wir diesen Volksteilen auch keinen Botanischen Garten eingerichtet wünschen. Sie müssen sich nach wie vor politisch bewähren, sie haben jedoch eine neue, zusätzliche und schöne Aufgabe, sich in die Thematik dieser Tage, d. h. das Gespräch von Land zu Land einzuschalten.

Die Gelegenheiten zu Gesprächen, auch über diese Fragen, bieten den Verantwortlichen in besonders günstiger Atmosphäre auch diese Veranstaltungen. Entscheidend aber ist ihr menschlicher Wert, und niemand, der sie von Anfang an mitgemacht hat, wird trotz dieser oder jener Kritik an ihnen zweifeln.

*

Wir, die Besucher aus Flensburg und der weiteren und weitesten Umgebung, haben dankbar diese Tage erlebt, und wenn man bedenkt, daß ihre Organisation und ihre Durchführung im Anfang weder in Flensburg noch in Nordschleswig eine Selbstverständlichkeit zu sein schienen, dann dürfte es in diesem Jahre eine schöne Pflicht sein, den Bürgermeistern der vier nordschleswigschen Städte einen ehrlichen Dank auszusprechen. Sie und ihre vorzüglichen Herren Kommunaldirektoren haben das Werk auf der anderen Seite der Grenze getragen, womit sich wieder die alte Wahrheit als richtig erweist, daß einige beherzte Männer, wenn sie die Zeichen der Zeit richtig deuten, auch mit Erfolg die Initiative ergreifen können.

Und so verlassen wir Hadersleben belehrt, erhoben und voller Dank gegenüber einer Heimat, die uns so viel Kulturgeschichte und Geschichte schenkt, also, um mit Schillers Worten zu reden, uns so viele Gegenstände des Unterrichts und dem tätigen Weltmann so herrliche Muster zur Nachahmung und jedem eine Quelle des edelsten Vergnügens bietet.

Hans Peter Johannsen

Probleme der wissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland

Auch in Deutschland wird heute allgemein anerkannt, daß die wissenschaftliche Forschung das Leben in unserer industriellen Gesellschaft bedingt. Jeder Mensch erlebt das eindrucksvoll, wenn er auch nur einen Tag lang einmal von morgens bis abends darauf achtet, wie oft er Gegenstände und Einrichtungen begegnet und sie benutzt und benötigt, die in dieser Form nur durch die theoretische und angewandte Wissenschaft möglich geworden sind. Das ist so evident, daß es keiner Beispiele bedarf. Einigkeit besteht auch darüber, daß die Entwicklung der Wirtschaft und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Konkurrenzkampf in erster Linie von dem Fortschritt der wissenschaftlichen Forschung und der Umsetzung ihrer Ergebnisse in Technik entscheidend abhängt; daher nehmen die finanziellen Investitionen der Wirtschaft in eigene Forschungsinstitute von Jahr zu Jahr sehr progressiv zu. Aber auch über die Wirtschaft hinaus ist die wissenschaftliche Forschung im Begriff, das Gesicht der Welt immer weiter zu verändern.

Zum Beispiel haben die Fortschritte der Medizin die Lebenserwartung durch Senkung der Sterblichkeitsziffer erheblich erhöht; die Folge ist ein rapide ansteigender Bevölkerungszuwachs in vielen Teilen der Erde. Damit taucht das Problem auf, wie diese Menschenmassen ernährt werden können; wenn bis zum Jahre 1980 die Nahrungsmittelproduktion, insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht um das Vielfache gesteigert werden kann (was wieder nur mit wissenschaftlichen Forschungen möglich sein wird), sind Hungersnöte in größtem Umfange vorauszusehen, mit allen ihren politischen Folgen. — Ein anderes Beispiel: Die durch die wissenschaftliche Forschung bedingte industrielle Entwicklung hat zu Menschenansammlungen in wirtschaftlichen Ballungsräumen geführt, die uns vor ganz neue Probleme der Planung des Städtebaues, der Raumordnung und des Verkehrs geführt haben; alles Aufgaben, die wieder nur mit wissenschaftlichen Methoden bewältigt werden können. — Ein letztes Beispiel: Die durch die moderne Kybernetik ermöglichte Automatisierung der Industrie zwingt zu Umschichtungen der Menschen im Beruf und damit zur Änderung der Sozialstruktur überhaupt, wieder mit zahlreichen Problemen, die wissenschaftlich bearbeitet werden müssen, wenn man sie in den Griff bekommen will.

Es gibt heute also kaum einen Schritt in der Innen- und Außenpolitik sowie in der Verwaltung, der nicht wissenschaftliche Überlegungen mindestens mitbenötigt; der wissenschaftliche Sachverständige als Berater des Politikers und der Regierung und Verwaltung ist unentbehrlich geworden. Fast jedes

Bundesministerium hat einen „Wissenschaftlichen Beirat“ für seine Sachgebiete bei sich gebildet.

Je mehr aber die Lebensführung der Menschen die Wissenschaft benötigt, desto mehr wissenschaftlich ausgebildete Menschen werden gebraucht. Neben der wissenschaftlichen Forschung ist also die Lehre der Wissenschaft gleichermaßen zu berücksichtigen, also die „wissenschaftliche Ausbildung“ zu „akademischen Berufen“. Das alles nötigt die modernen Staaten und ihre Gesellschaft, *Wissenschaftspolitik* zu betreiben, und zwar auf lange Sicht und auf vielen Gebieten in internationaler Zusammenarbeit. Die Wissenschaftspolitik muß den Leistungsgrad von Wissenschaft und Technik (diese als Teil der angewandten Wissenschaft) planvoll fördern.

Umgekehrt kann heute angesichts der Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik dem Wissenschaftler die Auswirkung seiner Forschungen auf das menschliche Leben nicht mehr gleichgültig sein, sondern es gehört zu seiner Verantwortung, diese Auswirkungen auf die Politik, die Wirtschaft und die mitmenschlichen Beziehungen sorgfältig zu beobachten, um Unheil, das von seinen Forschungen ausgehen könnte, verhüten zu helfen.

Entschließt man sich heute, Wissenschaftspolitik auf lange Sicht zu betreiben, so bedeutet das gleichzeitig, daß das ohne eine allgemeine planvolle *Bildungspolitik* nicht mehr möglich ist, d. h. nicht ohne eine weit vorausschauende Schulpolitik, die quantitativ und qualitativ für den erforderlichen Nachwuchs und für die Berufe sorgt, die nur von wissenschaftlich ausgebildeten Menschen erfolgreich betrieben werden können.

Ein kurzer Überblick über die gegenwärtige Struktur der Wissenschaftspflege in der Bundesrepublik Deutschland.

Träger der wissenschaftlichen Forschung und Lehre (und ihrer Einheit) sind in erster Linie die Universitäten, die Technischen Hochschulen und einige gleichwertige andere Hochschulen, z. Z. 31 an der Zahl, heute mit etwa 250 000 Studenten. Diese Hochschulen sind Einrichtungen des Staates, aber in Form von Körperschaften des öffentlichen Rechts, also mit weitgehender akademischer Selbstverwaltung der Hochschullehrer und -forscher. Gemäß der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im Grundgesetz ist die Einrichtung und Unterhaltung von wissenschaftlichen Hochschulen ausschließlich Sache der Länder. Durch Artikel 3 des Grundgesetzes sind „Forschung und Lehre frei“, d. h. die staatliche Verwaltung hat sich auf diesem Gebiet dirigistischer Weisungen zu enthalten. Verantwortlich für die Durchführung der Forschung und Lehre sind an den Hochschulen in erster Linie die Fakultäten bzw. Abteilungen und die Seminare, Institute und Kliniken.

Die Unterschiede zwischen Universitäten und Technischen Hochschulen ebnen

sich immer mehr ein. Die Technischen Hochschulen haben sich in den letzten fünfzehn Jahren eine Reihe von geisteswissenschaftlichen Fächern angegliedert, die z.T. schon zu Philosophischen Fakultäten zusammengeschlossen sind. Manche Universitäten haben technische Fächer erhalten, manche Technischen Hochschulen neuerdings auch Medizinische Fakultäten.

Neben den genannten 31 wissenschaftlichen Hochschulen gibt es eine große Zahl von anderen Einrichtungen höherer Ausbildung, wie z. B. die Pädagogischen Akademien für die Ausbildung von Volksschullehrern, die Ingenieur-Fachschulen u. a. Für alle diese Einrichtungen ist z. Z. bezeichnend, daß sie zur Erhebung in den Rang wissenschaftlicher Hochschulen (dann auch mit Forschungsaufgaben) streben und das wohl auch, nicht zuletzt dank der dahinterstehenden politischen Gruppen, über kurz oder lang durchsetzen werden, soweit es nicht schon geschehen ist.

Weitere Träger der wissenschaftlichen Forschung (nicht also der Lehre) sind die nahezu 50 meist natur-, aber auch einige geisteswissenschaftlichen Institute der „*Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*“, die schon vor dem ersten Weltkrieg, damals als „*Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*“, gegründet wurde, um Spezialforschungsaufgaben wahrzunehmen, die die wissenschaftlichen Hochschulen in dieser Intensität nicht betreiben könnten. Die Max-Planck-Gesellschaft ist ein Verein des Privatrechtes, der aber nach einem bestimmten Schlüssel von dem Bund und den Ländern finanziert wird, aber sich unabhängig vom Staat verwaltet.

Wissenschaftliche Forschung wird ferner betrieben in den Instituten der „*Fraunhofer Gesellschaft*“ und verschiedener Bundesministerien, die sich „*Bundesforschungsanstalten*“ angegliedert haben; aber auch in den Ländern gibt es ministerielle *Landesforschungsanstalten*. In einzelnen Fällen betreiben Bund und Länder wissenschaftliche Anstalten gemeinsam, wie z. B. das Deutsche Elektronen-Synchrotron in Hamburg-Bahrenfeld.

Bis vor kurzem bestand keine allgemeine Übersicht über alle diese Einrichtungen und ihre Finanzierung sowie ihren Ausbau. Diesem Mangel hat neuestens der „*Bericht der Bundesregierung über Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung - Bundesbericht Forschung I*“ abgeholfen, den der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung auf Beschluß des Deutschen Bundestages am 18. Januar 1965 dem Bundestag als Drucksache IV/2963 zugeleitet hat (erhältlich bei Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821).

Eine quantitativ und qualitativ mindestens ebenso große Bedeutung wie die staatlich finanzierte Forschung hat heute die „*Industrie-Forschung*“, d. h. die wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, die sich vor allem die Werke der chemischen Industrie und der Elektrotechnik geschaffen haben, aber auch die

Verbände der Industrie und die Gewerkschaften.

Die Organisation der wissenschaftlichen Forschung auf Regierungsebene in Bund und Ländern

Für die wissenschaftliche Forschung besteht nach dem Grundgesetz, Artikel 74, Ziffer 13, eine sogenannte konkurrierende Gesetzgebung des Bundes. Viele Gebiete der Wissenschaftsförderung durch den Bund sind dem „Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung“ zugewiesen, aber keineswegs alle. Das Ministerium — hervorgegangen aus dem Bundesatomministerium — ist in der heutigen Form erst drei Jahre alt. Wichtige Gebiete der wissenschaftlichen Forschungsförderung sind bei den Bundesministerien des Innern, des Auswärtigen, für Gesundheit, für Wirtschaft, für Landwirtschaft und für Verteidigung verblieben. Den nachteiligen Wirkungen dieser Zersplitterung hat die Bundesregierung durch Bildung eines sogenannten „*Wissenschaftskabinetts*“ entgegenzuwirken versucht, in dem unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers und in seiner Vertretung des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung alle Minister vertreten sind, die in ihren Ressorts auch mit Wissenschaftsförderung zu tun haben. Das sachliche Bedürfnis drängt natürlich dazu, die gesamte Förderung der wissenschaftlichen Forschung beim Bundesminister für wissenschaftliche Forschung zu vereinigen, zumal das Wissenschaftskabinetts sich als wenig effektiv erwiesen hat.

In den Ländern sind die Landeskulturminister bzw. -senatoren hauptsächlich für die wissenschaftliche Forschung und Lehre zuständig. Sie haben sich in der „Ständigen Konferenz der Kultusminister“ (KMK) zusammengefunden, um zu verhindern, daß die Wissenschafts- und bildungspolitische Entwicklung in den Ländern zu sehr auseinanderläuft. Die Beschlüsse in der KMK müssen einstimmig gefaßt werden, verpflichten dann aber die Kultusminister, in ihrem Land diese Beschlüsse auszuführen.

Das Verhältnis von Bund und Ländern auf dem Gebiet der Wissenschafts- und Bildungspflege ist verfassungsrechtlich und politisch kompliziert. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaftspflege geschieht bisher nur in Form von Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern oder der Länder untereinander, deren Zustandekommen allerdings oft schwierig ist.

Von großer Bedeutung für die Wissenschaftspolitik ist ferner das Wirken der *zentralen Wissenschaftsorganisationen*. An erster Stelle sei der „*Wissenschaftsrat*“ genannt, der im Jahre 1957 auf Anregung des damaligen Bundespräsidenten Professor Heuß durch ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zustande gekommen ist. Der Wissenschaftsrat besteht aus einer wissenschaftlichen Kommission von 16 Mitgliedern und einer Verwaltungskommission gleicher Größe, die getrennt und gemeinsam tagen,

letzteres dann, wenn „Empfehlungen“ zu beschließen sind. Die Mitglieder der ersten Kommission sind ganz überwiegend bedeutende Wissenschaftler, in der zweiten Kommission sind Vertreter von Hochschulverwaltungen, Finanzministerien und einige Persönlichkeiten der Wirtschaft. Präsident ist ein Hochschullehrer. Dem Wissenschaftsrat war zunächst die Aufgabe gesetzt worden, ein Gutachten über die Notwendigkeit des Ausbaues der wissenschaftlichen Hochschulen und ihrer Bibliotheken zu erarbeiten. Das ist in den „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I - Wissenschaftliche Hochschulen; Teil II - Wissenschaftliche Bibliotheken“ geschehen. Er hat ferner Empfehlungen zur „Aufstellung von Raumprogrammen für Bauvorhaben der wissenschaftlichen Hochschulen“; zur Neugliederung des Lehrkörpers an den wissenschaftlichen Hochschulen abgegeben sowie „Anregungen zur Gestaltung neuer Hochschulen“ sowie schließlich eine Denkschrift „Abiturienten und Studenten, Entwicklung und Vorschätzung der Zahl 1950—1980“. Auf Grund dieser „Empfehlungen“ ist in den letzten Jahren der bauliche, personelle und sachliche Ausbau der bestehenden Hochschulen vorgenommen worden sowie die Gründung von acht neuen Hochschulen, von denen die Universität Bochum und die Medizinischen Hochschulen in Hannover und Lübeck bereits arbeiten, während die neuen Hochschulen in Bremen, Regensburg, Konstanz, Ost-Westfalen sich noch im Stadium der Planung befinden. Der Wissenschaftsrat besitzt keinerlei Weisungsbefugnis, aber hat sich in kurzer Zeit durch das Ansehen seiner Mitglieder und die Gründlichkeit seiner Arbeit eine kaum zu überschätzende Autorität erworben. 95 Prozent seiner Empfehlungen zum Ausbau der bestehenden Hochschulen sind heute von Bund und Ländern erfüllt!

Die „*Deutsche Forschungsgemeinschaft*“ — nach dem ersten Weltkrieg als „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft“ ins Leben gerufen — betreibt keine eigenen Institute, sondern verteilt Forschungsmittel, die ihr vom Bund, den Ländern und der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Sie ist eine Vereinigung privaten Rechtes und genießt wie die Max-Planck-Gesellschaft ein hohes Maß von akademischer Selbstverwaltung. In ihren Gremien arbeiten unter einem Wissenschaftler als Präsidenten die Vertreter der wissenschaftlichen Hochschulen und des Staates in Bund und Ländern sowie Vertreter der Wirtschaft partnerisch zusammen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft bearbeitet die Anträge auf Förderung bestimmter Forschungsvorhaben in einem System von vielen Gutachterausschüssen. Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft genießt allgemein eine große Autorität in allen Fragen der konkreten Förderung von wissenschaftlichen Projekten, über die sie wertvolle Berichte veröffentlicht.

Die „*Westdeutsche Rektorenkonferenz*“ ist der freiwillige Zusammenschluß (privaten Rechtes) der 31 wissenschaftlichen Hochschulen in ihrer Eigenschaft als

Selbstverwaltungskörper. Die Hochschulen haben sich in ihrer Westdeutschen Rektorenkonferenz eine Plattform gemeinsamer Wissenschafts- und hochschulpolitischer Beratungen und Entschließungen geschaffen und zugleich eine Stelle, die ihre Interessen in der Bundeshauptstadt vertritt, sowie gemeinsame Aufgaben der Zusammenarbeit mit ausländischen Universitätsvereinigungen wahrnimmt.

Auch der „*Deutsche Akademische Austauschdienst*“ — 1927 gegründet — wird von den Hochschulen der Bundesrepublik getragen. Ebenfalls ein Verein privaten Rechtes mit umfassender Selbstverwaltung und mit einem Hochschullehrer als Präsidenten, ist er die zentrale Stelle für den Austausch von in- und ausländischen Dozenten und Studenten, für die Entsendung von deutschen Lektoren und für viele andere Aufgaben auswärtiger Kulturpolitik. Auch er wird vom Bund (federführend das Auswärtige Amt) und Ländern sowie von der Wirtschaft finanziert.

Die „*Alexander von Humboldt-Stiftung*“ fördert speziell graduierte ausländische Akademiker, die an deutschen Hochschulen eine Zeitlang zu arbeiten wünschen. Das „*Deutsche Studentenwerk*“ ist eine Organisation, die von den Studentenwerken der einzelnen Hochschulen geschaffen worden ist, um gemeinsame Aufgaben der sozialen und wirtschaftlichen Studentenförderung zu bearbeiten. Es steht unter der Leitung eines Hochschullehrers und hat die Rechtsform eines Vereins des privaten Rechtes, ist also auch mit Selbstverwaltung ausgestattet.

Alle diese akademischen Zentralorganisationen arbeiten im allgemeinen reibungslos nebeneinander, allerdings nur, weil sie auch auf ein Wirken miteinander großen Wert legen. Das wird dadurch möglich, daß die Präsidenten der einzelnen Organisationen auch in den Gremien der anderen vertreten sind und daß die Generalsekretäre dieser Organisationen untereinander enge Fühlung halten. Aber auch die Zusammenarbeit mit den Bundesministerien und der Ständigen Konferenz der Kultusminister funktioniert befriedigend, solange auf allen Seiten dieser Wille tätig geübt wird.

*

Alle für die Wissenschaftspolitik in Bund und Ländern verantwortlichen Stellen des Staates und der wissenschaftlichen Zentralorganisationen sind sich darüber einig, daß die Wissenschaft in Deutschland vor allem auf den in den letzten Jahrzehnten entstandenen neuen Gebieten der Naturwissenschaft und Technik, wie z.B. der Kernphysik, der Atomtechnik, der Weltraumfahrt u. a., im Rückstand ist und hier aufholen muß, daß aber auch auf den anderen Gebieten gewaltige Anstrengungen notwendig sind, um den Anschluß an die internationale Entwicklung zu halten. Um eine Vorstellung über den notwendigen Finanzaufwand für die Wissenschaftsförderung zu geben, sei erwähnt, daß im Jahre 1963 in der Bundesrepublik insgesamt 6,9 Milliarden DM für die Wissenschaft ausgegeben

worden sind. Der Bund brachte davon etwa 1,6 Milliarden, die Länder 2,6 Milliarden und die gewerbliche Wirtschaft 2,8 Milliarden DM auf. Das entspricht 1,8 Prozent des Sozialproduktes. Es besteht Einigkeit darüber, daß in den nächsten Jahren die Geldsumme für die Wissenschaftsförderung etwa 2,5 bis 3 Prozent des Bruttosozialproduktes erreichen muß, wenn die Wissenschaft auch in der Bundesrepublik das für die Gesellschaft leisten soll, was diese benötigt. Nicht nur die USA und wahrscheinlich die Sowjetunion, sondern auch eine Reihe von kleineren, an Wirtschaftskraft der Bundesrepublik unterlegenen Ländern bringen bereits heute Mittel für die Wissenschaftsförderung in dieser Höhe des Bruttosozialproduktes auf. Welche „Wachstumsraten“ an finanziellen Aufwendungen für die Wissenschaft seitens des Staates im nächsten Jahrzehnt notwendig sind, darüber besteht zwischen dem Bundesminister für wissenschaftliche Forschung und dem Wissenschaftsrat sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft und den anderen wissenschaftlichen Zentralorganisationen weitgehende Übereinstimmung. Der Wissenschaftsrat hält es für notwendig, daß der Bund im Haushaltsjahr 1966 die Aufwendungen für die Wissenschaftsförderung auf 500 Millionen DM steigert, in der Erwartung, daß die Länder ungefähr den gleichen Betrag aufbringen werden. Leider ist noch durchaus ungewiß, ob der Bundesfinanzminister und der Haushaltsausschuß des Bundestages diesem Vorschlag folgen, der allerdings voraussetzt, daß die Bundesregierung und das Parlament mit ihrer Versicherung zu Beginn der Wahlperiode Ernst machen, daß die Förderung der Wissenschaft heute zu der vorrangigen Aufgabe jedes modernen Staates gehört. Statt dessen ist, wenn man sich die Haushaltspläne der letzten vier Jahre ansieht, der Stellenwert der Aufwendungen für die Wissenschaft in dieser Wahlperiode von der zweiten auf die sechste Stelle abgesackt. Es ist dringend zu hoffen, daß Mittel und Wege gefunden werden, der Wissenschaftsförderung in den Staatshaushalten des Bundes und der Länder die Stellung zu geben, die heute einfach notwendig ist, wenn wir die Zukunft sichern wollen. Es dürfte keine Investition von staatlichen Mitteln geben, die sich so rentieren wird wie diese.

*

Der zur Verfügung gestellte Raum erlaubt es nicht, auf Einzelheiten der heute notwendigen Wissenschafts- und Bildungspolitik einzugehen. Obwohl die Studentenzahl an den bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges mehr als verdoppelt, an manchen Universitäten sogar verdreifacht hat, reichen diese Zahlen nach Ansicht der Bildungsstatistiker noch keineswegs aus, um den Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Personen für die Zukunft zu decken. Dieses gewaltige Anwachsen der Zahl der Studierenden, das übrigens eine internationale Erscheinung ist, hat auch die deutschen Hochschulen vor ganz schwierige nicht nur quantitative,

sondern auch qualitative Probleme in der wissenschaftlichen Ausbildung zu den akademischen Berufen gestellt. Gemäß den Vorschlägen des Wissenschaftsrates ist die Gesamtzahl der Lehrstühle an den Hochschulen in dem Zeitraum von 1960 bis 1964 um 1095 auf 4204 gewachsen; entsprechend haben die Planstellen für das übrige wissenschaftliche Unterrichtspersonal an den Hochschulen zugenommen. Dieses Anschwellen der Zahl von Studenten und Unterrichtspersonen zwingt die Hochschulen zur Überprüfung des bisherigen Systems der akademischen Selbstverwaltung, die mitten im Gange ist. Aber auch die wissenschaftlichen Methoden verändern sich so rasch, daß sie auch zu Reformen der Organisation der Forschung an den wissenschaftlichen Hochschulen nötigen.

Die Ausbreitung der Kunst

Vor kurzem konnte man in einer Sonntagszeitung ein Gespräch zwischen vier bekannten Dänen lesen. Sie gehörten zu jenen Männern, die kurz vor Schluß des Krieges Pläne für die Zukunft Dänemarks machten. Politisch vertraten sie sowohl die äußerste Rechte wie auch die äußerste Linke. Im Rückblick auf die zwanzigjährige Entwicklung nach der Befreiung schien es, als ob ihre politisch sehr scharfen Meinungsunterschiede angesichts der blitzartigen Entwicklung, die die Gesellschaft genommen hat, ganz bedeutungslos geworden seien. Einer von ihnen sagte: „Ich muß gestehen, daß die Entwicklung, die nach dem Kriege in materieller und sozialer Hinsicht stattgefunden hat, von einem solchen Ausmaße gewesen ist, das sich die Menschen der damaligen Zeit nicht vorstellen konnten“ (Jørgen Hæstrup in „Aktuelt“).

Ich sage dieses nicht, um die politischen Auseinandersetzungen, die heute in Deutschland und Dänemark stattfinden, zu bagatellisieren. Die Unterschiede zwischen fortschrittlichen und konservativen Anschauungen treten immer noch deutlich in Erscheinung, aber sie erscheinen auf einem viel lichterem Hintergrund als zu irgendeinem früheren Zeitpunkt dieses Jahrhunderts. Erfahrene Leute rechnen damit, daß der Wohlstand in den industrialisierten Ländern in fünfzehn bis zwanzig Jahren verdoppelt sein wird. Auch eine reiche Gesellschaft hat ihre Probleme; es ist jedoch angenehmer, sich mit ihnen als mit denen einer armen Gesellschaft zu beschäftigen.

Unter diesen dauernden technischen und sozialen Wandlungen leistet nur der Politiker wirkliche Arbeit, der sein Handeln nach der Gesellschaft von morgen ausrichtet. Die Entwicklung kann, ohne daß wir es bemerken, traditionelle Probleme zu Scheinproblemen machen.

Dieses, glaube ich, trifft auch auf das Verhältnis der Nationen untereinander zu. Ich weiß wohl, daß Länder, die verfeindet gewesen sind und sich gegenseitig tief verwundet haben, die Wunden, die sie einander zugefügt haben, schwerlich vergessen können. Und ich glaube auch nicht, daß wir vergessen sollen. Wir sollen uns der Gegensätze, die zum Kriege führten, erinnern, und wir sollen aus ihnen lernen. Das Unglück der Vergangenheit soll uns dazu verhelfen, es in der Zukunft zu vermeiden. Auf diese Weise, meine ich, können wir am besten unsere Schuld abtragen gegenüber den unermeßlichen Kriegsopfern, für die jede Nation durch Jahrhunderte hat büßen müssen.

Die Zukunft kann nur friedlich erobert werden und nur durch Beschlüsse, die die Gerechtigkeit nicht herausfordern. In einem Grenzland, das zwei Kulturen trennt,

ist es schwierig, die Gegensätze zu umgehen. Wenn dann noch versucht worden ist, die Probleme durch physische Macht zu lösen, werden sich zu den Gegensätzen auch Unwille und Bitterkeit gesellen. Wenn wir Dänen daran denken, daß nur fünfundzwanzig Jahre vergangen sind, seitdem wir unter dem Überfall des Nazismus leiden mußten, müssen wir jedoch bedenken, daß das erste Opfer des Nationalsozialismus Deutschland war.

Unsere Aufgabe heute ist es, zu versuchen, international zu werden, ohne unsere Nationalität aufzugeben. Wir müssen ein vereintes Europa suchen, weil es den Frieden und den ökonomischen Fortschritt sichert. Aber wir müssen das Recht und die Lust zum Kampf um die geistige und kulturelle Eigenart erhalten, die jeder europäischen Landschaft eigen ist. Niemand kann an einem kulturell gleichgeschalteten Europa interessiert sein. Es ist eines der größten Reichtümer Europas, daß die Europäer verschieden sind. Denken Sie an zwei Heimdichter wie Theodor Storm und Steen Steensen Blicher. Sie haben nicht so sehr weit voneinander gelebt, und doch ist ihre Dichtung wesensverschieden. Jede Nation muß das Recht bewahren, ihr eigenes Leben zu formen. Aber jede Nation muß auch verpflichtet sein, an einem Europa zu formen, das sich durch Zusammenarbeit seinen Frieden sichert. Europa befindet sich heute in einer dynamischen Entwicklung. Neue Probleme rücken in das Zentrum des politischen Lebens. Die Planung für das Gedeihen des ganzen Menschen wird hier an erster Stelle stehen. Aufgaben, die auf unseren materiellen Wohlstand zielen, dürfen nicht vor denjenigen, die auf das seelische Klima abzielen, bevorzugt werden; z.B. darf kein materieller Reichtum gewonnen werden, wenn die Lärmplage, die Luft- und Wasserverunreinigung und die Rastlosigkeit nicht auch überwunden werden können. Nicht nur in Dänemark wird der Wunsch nach einem reicheren und mehr künstlerisch betonten Leben des Alltags hervorgehoben. Ich weiß, daß man an mehreren Orten in Deutschland sich mit dem Problem beschäftigt. Und vor nicht langer Zeit sagte der Premierminister von Großbritannien, Harold Wilson: „Ich möchte nicht gern am Ende dieses Jahrhunderts erleben, daß wir alle die gleiche Anzahl Stunden arbeiten wie heute, immer mehr Waren produzieren und keine Freizeit haben. Deshalb legen wir in unserer Lebenshaltung einen so großen Wert auf eine konstruktive Anwendung der Freizeit. Wir wollen gern mehr Geld ausgeben, um einige der Theatergesellschaften aufrechtzuerhalten, gern Mittel herbeischaffen, damit das Land zur Musik und den übrigen Kunstarten Zugang erhält.

In Dänemark zielen wir nun bewußt darauf hin, alle dänischen Landesteile in das Zentrum der Kunst einzubeziehen. Die Kommunalverwaltungen und kunstinteressierten Gruppen ergreifen die Initiative, ihren Distrikt oder ihre Gemeinde zu einer kulturellen Ausrüstung anzuspornen. Seitdem wir nun ein Kultusministerium haben, ist es uns gelungen, eine Gesetzgebung zu schaffen,

durch welche die Gemeinden in wachsendem Maße Staatsunterstützungen für ihre Kulturbestrebungen erhalten können.

Wir haben auf diese Weise z.B. das Land — auch Nordschleswig — mit erstklassigen Sinfonieorchestern versehen. Lebendige Musik, und auch lebendige dänische Musik, kann man nun in allen unseren Landesteilen hören. In dem Gedenkjahr an Carl Niensens 100. Geburtstag bedeutet das einen Fortschritt, den wir wohl zu schätzen wissen sollten.

Wir haben in Odense, Aalborg und Aarhus Theater bekommen, deren Repertoire demjenigen der Kopenhagener Bühnen nicht nachsteht. Hoffentlich bekommen wir auch bald eine nordschleswigsche Landesbühne. Vorläufig ist „Det danske Teater“ im Begriff, auf Grund einer Abonnementsordnung überall im Lande Gastspiele zu veranstalten, die das Beste dänischer Theaterkunst in jede Gemeinde bringt, die ein Publikum und eine Bühne bieten kann. Durch das Theatergesetz wird sowohl zur Einrichtung des Abonnementsystems als auch zur Modernisierung der Theaterbühnen Hilfe geleistet.

Sowohl mein Vorgänger als auch ich haben großen Wert darauf gelegt, daß die Bilder und Skulpturen, die „Statens Kunstfond“ kauft, durch Wanderausstellungen in das ganze Land kommen, in Schulen, Versammlungshäuser und wo man eine Ausstellungsmöglichkeit hat.

Damit ein Mensch gedeihen kann, muß es etwas geben, womit er gedeihen kann. Mehrere Dinge werden hier mitspielen. Die Kinder- und Aufbauschulen sind ein wichtiges Glied. Das Ziel der dänischen Schule ist es, allen Jugendlichen die Ausbildung zu gewähren, die ihrer Begabung und Neigung zusagt. Diese und nicht die wirtschaftliche Lage der Eltern, Wohnort oder Familientraditionen müssen für die Ausbildung und Berufswahl entscheidend sein. Der Jugendausbildungsfonds soll wirtschaftliche Voraussetzungen zur Demokratisierung der Ausbildung schaffen. Der Ausbildungsfonds ist für diesen Zweck noch nicht voll ausgebaut, obwohl er in den letzten Jahren verstärkt worden ist. Besonders müssen wir bedenken, daß die ökonomische Unterstützung auch für andere als nur für die Universitätsstudenten notwendig ist. Viele junge Menschen und viele Eltern verzichten oft zu einem zu frühen Zeitpunkt auf die weiterführende Ausbildung. Deshalb muß die Hilfe auch zu einem früheren Zeitpunkt zur Verfügung stehen. Aber auch der mehr traditionsbestimmten Abneigung gegen eine weiterführende Ausbildung müssen wir entgegenarbeiten.

Die eigenen Traditionen des Ausbildungswesens dürfen auch kein Hindernis für die möglichst gute Ausbildung der Jugendlichen sein. Der Unterrichtsminister beschäftigt sich zur Zeit damit, Übergänge von der einen Ausbildungsstufe zur anderen zu schaffen. Das gilt auch für Fachausbildungen. Wir müssen versuchen, ein Schulsystem auszuarbeiten, in dem es keine Sackgassen in einer Ausbildung gibt, die nicht verlorengelht, sondern als Mittel zu einer fortschreitenden

Leistungssteigerung verwendet werden kann.

Alle Jugendlichen sollen eine Ausbildung bekommen; aber niemand soll dem Jugendlichen die Art der Ausbildung diktieren. Eine gute Fachausbildung wird im allgemeinen notwendig sein, um in der täglichen Arbeit seinen Mann zu stehen. Aber gute allgemeine Kenntnisse werden in immer größerem Maße notwendig werden, um die Freizeit voll auszunützen. Je mehr man von einer Sache weiß, je mehr kann man sich daran erfreuen. Das gilt auch für die künstlerischen Werte, auf die immer mehr Menschen in dem Wohlfahrtsstaat, den wir nun aufzubauen versuchen, stoßen und aufsuchen werden. Ich werde der erste sein, der sagt, daß die Kunst keineswegs die einzige Antwort auf die soziale Frage von morgen ist, aber sie ist e i n e der Antworten — und das ist wesentlich.

Romain Rolland hat gesagt: „Es ist die Aufgabe des Künstlers, die Sonne hervorzurufen, wenn sie nicht da ist.“ Die dänische Kulturpolitik will erreichen, daß der Bürger die Kunst anrufen kann, wenn er sie braucht; ob Kunst die Sonne ist oder etwas anderes; vielleicht Vertiefung, vielleicht das Lachen, vielleicht Läuterung. Dazu kann das Kultusministerium nicht Stellung nehmen. Der Staat hält sich fern von der Meinungsfreiheit der Kunst. Der Staat diskutiert nicht die Art und den Inhalt der Kunst mit den Künstlern, das überläßt er den einzelnen Bürgern selbst.

Das Kultusministerium sieht es nur als seine Aufgabe an, Begegnungen zwischen Kunst und Volk zu ermöglichen dadurch, daß es dem Künstler Lebensbedingungen ermöglicht, die ihn auf die gleiche Ebene stellen wie die übrigen Arbeiter der Gesellschaft, und daß er Begegnungsstätten schafft, wo die Bevölkerung persönlichen Kontakt mit dem Künstler selbst oder mit seinem Werk aufnehmen kann.

Es kann nicht von der Hand gewiesen werden, daß Kopenhagen und die anderen größeren Städte in künstlerischer Hinsicht im Laufe der Zeit bevorzugt gewesen sind. Besonders in den letzten beiden Jahrhunderten haben die großen Kunstereignisse des Landes um Kopenhagen gekreist. Der Lehrplatz für die Maler, die Kunstakademie, wurde 1794 in Kopenhagen errichtet. Das Königliche Theater wurde in demselben Jahrhundert in Kopenhagen errichtet, ebenfalls das Musikkonservatorium und mehrere andere Institutionen. Die Künstler des 19. Jahrhunderts wußten mehr über Neapel und Rom als über Westjütland. Es war das Kopenhagener Leben, das auf der Bühne des Königlichen Theaters von den Dichtern nachgezeichnet wurde: Hertz' „Sparekassen“ und Hostrups „Genboerne“. Und unsere hervorragenden Maler jener Zeit, Köbbke, Eckersberg usw., hielten sich ebenfalls an Kopenhagen — und Italien.

Diese Einengung ist erklärlich. Künstler streben dorthin, wo andere Künstler sind. Und Theater, Ausstellungen und Konzerte gedeihen, wo sie ein Publikum finden. Ich bin der ehrlichen Überzeugung, daß der Vorzeit Unrecht geschieht, wenn man

sie beschuldigt, die Provinz bewußt außerhalb des Kunstlebens gehalten zu haben. Es darf auch nicht übersehen werden, daß sich in vielen dänischen Provinzstädten in bescheidenerem Format durchaus ein reiches Kultur- und Kirchenleben entfaltet hat.

Wir sind im Begriff, dieses vorzubereiten. Aber wenn man ausstellen will, muß man etwas haben, was man ausstellen kann. Darum hat der Kunstfonds des Staates 400 000 Kronen zum Ankauf von Werken der bildenden Kunst vorgesehen.

Außerdem hat „Statens Kunstfonds“ 1,5 Millionen Kronen zur Ausschmückung von kommunalen Gebäuden und überhaupt zur Ausschmückung von Anlagen und Gebäuden, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, bereitgestellt. Wenn man meint, daß es für unser Land wertvoll ist, ein fruchtbares künstlerisches Leben zu besitzen — und der Meinung sind wir doch —, können wir nicht das Wohl unserer Künstler von der Tatasache abhängig machen, ob der Künstler seine Kunst zu verkaufen versteht. Die Stillen im Lande, die Lyriker z. B., sind nicht die für die Entwicklung unserer Kultur am wenigsten wertvollen. Es sind nicht immer die populärsten Künstler, die unserer Kultur die bleibenden Werte vermitteln. Aber die bleibenden Werte müssen bereitgehalten werden. Dafür will „Statens Kunstfond“ verantwortlich sein.

Was die Wanderausstellungen betrifft, so möchte ich hinzufügen, daß es mir nicht ungebührlich erscheint, wenn die Schätze des Nationalmuseums mehr in die Schulen und Ausstellungssäle des Landes gelangten, als es im Augenblick der Fall ist.

In den letzten Jahren ist ein neuer Begriff aufgetaucht, wenn man in den Gemeinden und Kirchspielen die lokale Kulturarbeit erörtert hat. Es ist der Gedanke der Kulturzentren. Das Wort ist vielleicht nicht so treffend, aber man hat kein besseres finden können, und der Gedanke ist jedenfalls von hohem Wert. Die Errichtung von Kulturzentren wurde von dem Kulturausschuß der Regierung vorgeschlagen. Der Kulturausschuß erklärt in seiner Vorschlagsskizze: Der Vorschlag bezweckt die Schaffung besserer Bedingungen für die Bevölkerung, am kulturellen Leben teilzuhaben durch Errichtung ansprechender Sammlungsstätten, Kulturzentren, in denen Menschen in ihrer Freizeit der Kunst in ihren verschiedenen Formen begegnen können.

Die Kulturzentren sind keineswegs an die gleiche Größe oder Ausgestaltung gebunden. Man will nicht die Errichtung der Kulturzentren forcieren. Sie sollen nur in denjenigen Gebieten oder Städten errichtet werden, wo ein starker lokaler Wille zur Aufrechterhaltung einer solchen Institution besteht. Das Format der Zentren muß unterschiedlich sein. Es heißt ausdrücklich in dem Vorschlag des Ausschusses: Bei der Erwägung, wo ein neues Kulturzentrum vorteilhaft errichtet werden kann, muß auf eine Reihe lokaler Faktoren Rücksicht genommen werden, auf das Umland u. a. Ein Kulturzentrum in einer Großstadt oder einer

Bezirksgemeinde in derselben muß notwendigerweise andere Dimensionen erhalten als eine entsprechende Einrichtung in einer Kleinstadt oder einer Landgemeinde.

Diese Liberalität hängt damit zusammen, daß ein Kulturzentrum als ein Mittelpunkt kultureller Aktivität gemeint ist. Die Größe hängt infolgedessen davon ab, wie viele Menschen sich versammeln werden. Ein Kulturzentrum ist nicht zuallererst ein Ort, in dem Bilder hängen oder in dem man Bücher entleihen kann; es ist ein Ort, in dem die Menschen zusammenkommen, um etwas Wertvolles zu erleben. Dann ist es selbstverständlich auch klar, daß ein Kulturzentrum um so mehr Anziehungskraft besitzt, je größere Variationen des Angebotes es machen kann. Versteht man unter Kulturzentrum den gediegenen Mittelpunkt, dann bedeutet das, daß man am besten von den lokalen Bedürfnissen aus den Bedarf und die Größe einschätzen kann. An verschiedenen Stellen in Dänemark hat man aus eigener Initiative eine lokale kulturelle Aktivität entfaltet, daß man sich dem Kulturzentrum nähert. Ich will nicht eine Initiativgruppe der anderen vorziehen, aber ich kann auf das Beispiel der lokalen Kulturarbeit in Viborg hinweisen. Hier beobachtete man nach dem zweiten Weltkrieg eine gewisse Müdigkeit in den Veranstaltungen der traditionellen Vereine. Eine kleine Gruppe Interessierter, die sich um den Kunstverein, die Bibliothek und das Museum bildete, fing die Arbeit an. Man interessierte den „Oplysningsforbund“ und Freizeitvereine. 1962 brachte man es auf eine ganze Kulturwoche. Seither wurde sie jährlich wiederholt — zu Viborgs und auch des Umlandes großer Freude. In den Kulturwochen veranstaltete man Konzerte im Dom, eine Ausstellung französischer Architektur und deutsches Experimentaltheater. Das Königliche Theater hat in der Stadt gespielt; Kammerkonzerte, Filme und Vorträge wurden gebracht. Die Kulturwoche 1964 wurde als eine große Repräsentation polnischer Kunst und polnischen Kulturlebens durchgeführt. Einer der Initiativträger in Viborg hat gesagt, daß man fast alles durchführen kann, wenn man nur den Mut und die Kräfte hat, es zu tun. Das wird man, so glaube ich, in vielen Orten des Landes haben. Ein spannendes und wertvolles Freizeitleben ist eine in die Zukunft weisende Aufgabe, um die wir uns versammeln müssen. Die Errichtung des Kulturministeriums bedeutet den Abschluß einer Epoche, in der die Kultur nur zur Hauptstadt gehörte.

Thomas Mann hat einige Worte über die Künstler gesagt, von denen ich glaube, daß sie in ebenso hohem Grade uns Empfängern der Kunst gelten. Er sagt: „Derjenige ist weit davon entfernt, ein Künstler zu sein, dessen innerste und tiefste Schwärmerei dem Raffinierten, Exentrischen und Satanischen gilt, der nicht die Sehnsucht nach dem Einfältigen, dem Schlichten und Lebendigen, die verborgene und verzehrende Sehnsucht nach den Wonnen der Gewöhnlichkeit kennt.“

Ich hoffe, daß viele sich an der Arbeit beteiligen werden, die getan werden muß, damit die Freuden der Kunst in den Bereich aller kommen, die Kunst trägt die

Nationalität, die Toleranz und das Weltbürgertum in sich. Sie gehört der Gesellschaft der Zukunft.

Der Alltag in Hadersleben

Der Alltag ist in Hadersleben wieder eingekehrt. Die vielen Flaggen sind eingeholt. Das große Aufgebot an Kraftfahrzeugen aus ganz Nord- und Südschleswig ist davongerollt. Die Gäste sind abgereist, und das dänisch-deutsche Treffen ist beendet. In einer stillen Stunde meditiere ich über den Verlauf der Tagung und stelle mir die Frage: „War das Ganze der Mühe wert? War der Erfolg zufriedenstellend?“

Den Vorträgen wurde mit großer Aufmerksamkeit gelauscht. Die Töne des Orchesters klingen uns noch im Ohr. Das Gastspiel des Königlichen Theaters ist uns noch in Erinnerung. Ja, die Aufmerksamkeit und das Interesse waren vorhanden, jedoch das Wichtigste an der Tagung konnte man sicherlich nicht unmittelbar sehen und hören. Viele neue Bekanntschaften wurden geschlossen, viele alte erneuert. Die Diskussionen in den Pausen waren lebhaft, und es wurde zweifellos in den nun vergangenen Tagen eine Saat gelegt, die hoffentlich in der Zukunft auf gute und gesunde Weise sprießen und aufgehen wird. Es ist jedoch nicht damit getan, die Saat zu säen. Das Feld muß bestellt werden, damit eine gute Ernte erzielt werden kann; und so sei es dem einzelnen überlassen, dasjenige, das in diesen Tagen gesät wurde, zu hegen. Vielleicht mißrät die Ernte bei dem einen oder dem anderen. Man darf jedoch hoffen, daß die Unfruchtbarkeit im Laufe der Jahre zur guten Ernte umgewandelt wird. Es ist wichtig, den Mut nicht zu verlieren, sondern ehrlich und redlich weiterzuarbeiten, denn gute und ehrliche Arbeit ist immer von Erfolg gekrönt gewesen.

Das eigentliche Programm war so gedrängt, daß nur wenige der Teilnehmer Zeit fanden, die Tagungsstadt zu besichtigen. Die Stadt glitt sozusagen während der Fahrt an einem vorüber, und ihren Pulsschlag spürte man nur als eine schwache Begleitmusik zu dem übrigen Geschehen.

Wenn ich nun das Ganze an meinem Innern vorbeigleiten lasse, ärgert es mich ein wenig, daß wir nicht Zeit fanden, gemeinsam ein wenig durch die emsigen Straßen zu schlendern. Es gibt so vieles, das wir gern gezeigt hätten, und so kommt mir unmittelbar der Gedanke, ob wir es nicht noch nachholen können, einen solchen Stadtrundgang durch Hadersleben zu machen. Zwar muß es in Gedanken geschehen, und wenn Sie Lust haben, mitzuwandern, heiße ich Sie dazu herzlich willkommen. Sollten Sie müde sein und spüren, an Ihrer eigenen Stadt genug zu haben, dann sei Ihnen verziehen; denn auch Sie haben eine schöne und gute Stadt. Wie schön ist es im schleswigschen Lande. Verschiedenartige Landschaften von eigener Prägung und außerordentlichem

Schönheitswert wechseln ab mit schönen alten, betriebsamen Städten. Darum ist es verständlich, wenn Sie an dieser Stelle die Lektüre beenden und sich Ihren eigenen Angelegenheiten widmen.

Sollten Sie mir aber weiter folgen, werde ich ein wenig die frühere Größe Haderslebens rühmen, als wir Herzoge und Könige, Schloß und Kloster besaßen. Seit dem Mittelalter hatte die Stadt ihre Burg „Haderslevhus“. Diese wurde um 1500 durch das Renaissanceschloß Hansborg ersetzt, das von dem herbeigeholten Baumeister Oberberg, der übrigens für das Bauwesen in Dänemark große Bedeutung erhielt, errichtet wurde.

Das Schloß lag östlich von Hadersleben, wo der Schloßgrund noch genannt wird. Wer wohnte auf Haderslevhus? Wir wissen, daß Kristoffer II. und sein Sohn Erik, „der auserwählte König“, hier drei lange Jahre gefangengehalten wurden.

Weiter wissen wir, daß Christian I. hier sein Gelübde (Haandfæstning) unterschrieb. Auch der spätere Christian II. wohnte auf dem Schloß, wie auch Frederik II., der hier geboren wurde. Einer unserer bekanntesten Könige, Christian IV., weilte des öfteren auf Haderslevhus und wurde hier mit seiner Königin Anna Cathrine getraut. Sagen Sie nicht, daß unsere Ahnenreihe nicht in Ordnung wäre, und machen Sie uns keine Vorwürfe, wenn es mit der alten Redewendung, daß „in Hadersleben die feinen Leute wohnen“, einmal etwas auf sich gehabt haben sollte. Leider hat ein unfreundliches Schicksal das Schloß völlig zerstört, und der Schloßgrund wurde an die Bürger der Stadt verkauft. Heute erinnern nur ein paar Straßennamen an die Lage des Schlosses, und in einzelnen Hinterhöfen verbergen sich Reste recht stattlicher Fachwerkgebäude, die damals die Häuser der reichen Bürgerschaft in der Nähe des königlichen und herzoglichen Schlosses waren.

*

In alten Tagen, ja bis in die neuere Zeit lag Hadersleben gut verborgen in seinem tiefen Tal. Heute wächst die Stadt in ihren Außenbezirken und dehnt sich weit über die Talniederungen hinaus. Aber immer noch wird Hadersleben von seiner Kirche beherrscht, einer der größten Kreisstadtkirchen Dänemarks. Die Kirche war ursprünglich die Kirche der kleinen Stadt, und man ersieht aus ihrer Größe die wesentliche Bedeutung der Stadt und des verschwundenen Schlosses. Denn die Größe der Kirche steht natürlich in Zusammenhang mit der Tatsache, daß sich hier Herzoge und Könige aufhielten. Die Kirche war mehr als eine gewöhnliche Stadtkirche. Das Bistum Schleswig war groß, so daß sich Domherren in Hadersleben befanden. Die Kirche wurde 1922 zum Dom erhoben, und nach zahlreichen Umbauten steht sie heute groß und licht in ihrer Backsteingotik da, mit überraschendem Ausblick durch ihre Arkaden und dem Spiel des Lichtes und des Schattens der zierlich profilierten Pfeiler, als einer der besten mittelalterlichen Bauten.

Auch ein Kloster haben wir in Hadersleben besessen. Es lag auf der Halbinsel des Dammes. Christian II. war als Achtzehnjähriger beim Reichstag in Worms 1521 zugegen, wo Luther seine berühmten Worte sprach: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Amen.“ Er wurde durch diesen Kirchenvater stark inspiriert, und als Fünfundzwanzigjähriger befahl er, daß lutherische Theologen nach Hadersleben kommen sollten. Die Predigerschule der Stadt wurde stark von der Lehre Luthers geprägt. Der junge Herzog wurde die oberste Instanz der Kirche, und Hadersleben war die erste dänische Stadt, die den Papst als oberste Instanz verabschiedete. Die Dominikanermönche wurden aus dem Kloster verjagt, und obwohl dieses Ereignis nun vierhundert Jahre zurückliegt, zeugen die Namensschilder „Am Kloster“ und „Klostergasse“ noch von dem Platz, wo das Kloster gelegen hat.

*

Auf dieser glorreichen Vergangenheit hat die Stadt ihre Gegenwart aufgebaut, und aus ihr heraus wird sie ihre Zukunft entwickeln. Viel ist im Laufe der Jahre geschehen. Hadersleben ist eine historische Stadt, und der aufmerksame Gast und der aufmerksame Bewohner können nicht umhin, das Gepräge zu bemerken, das die verschiedenen Ereignisse der Gegenwart, von der ich nunmehr erzählen will, gegeben haben.

Auch der heutige Pulsschlag Haderslebens ist hektisch. Der Lärm, die Hetze und der Rhythmus sind die gleichen wie in den übrigen Städten, sowohl nördlich als auch südlich der Grenze. Das Stampfen der Maschinen vereinigt sich mit dem Schritt eiliger Menschen. Stadt und Land begegnen sich in dem emsigen Geschäftstumult, und hetzende Touristen erwandern die Straßen der Stadt in Eile. Es ist kurz vor Mittag. Der Markttag nähert sich seinem Ende. Die Angebote in den Markthallen werden träger, und die Menschen eilen der Siesta entgegen. Es ist die Zeit der Mittagsruhe. Plötzlich ertönen die Glocken des Domes, und ihr Klang, der jahrhundertlang zur Besinnung gemahnt hat, gibt der Stadt ihre Prägung. Der ursprüngliche Klang der Stadt setzt sich durch, und die Besinnlichkeit, die seit eh und je ihre Bewohner geprägt hat, wird offenbar und bringt dem Gemüt Frieden und Ruhe. Die Vergangenheit begegnet der Zukunft. Geruhsam und ruhig klingt ihr Bim-bam-bim-bam. In den frohen Klang der Glocken mischen sich Töne der Unverweslichkeit des Lebens.

*

Auch das heutige Kommunalleben in Hadersleben wird von der Zeit geprägt. Vieles ist schon erreicht, vieles will noch erreicht sein. Die gewählten Vertreter der Stadt in der Ratsversammlung und in den Kommissionen haben sich bemüht, im Laufe der Zeit eine Stadt zu schaffen, die vielen gute Bedingungen bieten kann. Ein solches Ziel kann man nicht in kurzer Zeit erreichen, und in der ganzen kommunalen Arbeit muß der Blick auf die Zukunft gerichtet sein.

Große Probleme, nicht zumindest ökonomischer Art, tauchen in der Arbeit auf, und

Wünsche führen nicht immer unmittelbar zum Beschluß. Von der stillen Stadtgemeinde der Vergangenheit führt eine gerade Linie zu jenem Hadersleben, das heute versucht, sich als Bischofsstadt zu bewähren, einer Stadtgemeinde, die im Wettstreit mit anderen Landesteilen und Stadtgemeinden Werte für ein größeres Gebiet schaffen muß.

Als Einwanderer in das nordschleswigsche Gebiet ist es mir besonders angenehm aufgefallen, daß die Stadt, obwohl sie auf vielen Gebieten konkurrenzfähig sein muß, immer die Gemeinschaft mit den übrigen nordschleswigschen Städten und Kreisen als etwas Wertvolles, das man nie außer acht lassen soll, betrachtet. Gemeinsame Ziele, gemeinsame Arbeit sind die Losung der Zeit, und in jenem Geist der Zusammenarbeit, der zur Schaffung einer guten Zukunft notwendig ist, wird man die nordschleswigschen Gebiete in der vordersten Linie finden.

Eine dänische Stadt ist etwas, das nur gedeiht, wenn es in kommerziellem Geiste betrieben wird. Gute Kaufmannschaft in ihrer besten Bedeutung ist eine Notwendigkeit, und durch jahrlange Schulung werden die demokratisch gewählten Vertreter in dieser Kunst ausgebildet.

Durch Steuern und Abgaben werden die Güter der Stadtgemeinde bezahlt, aber obwohl wir teils unbehindert den Bürgern der Stadt Steuern auferlegen können, die zur Schaffung weiterer Güter notwendig sind, sind wir doch von der Rücksicht, die jederzeit auf die Mittel der Bürger genommen werden muß, abhängig. Auch sie benötigen Kapital zur Sicherung neuer Werte.

Eine demokratisch gewählte Ratsversammlung von neunzehn Mitgliedern, auf vier Jahre gewählt, verwaltet die Stadt. Der von der Ratsversammlung gewählte Vorsitzende — der Bürgermeister — ist die oberste kommunale Instanz, die teils dem Stadtrat und teils der Verwaltung vorsteht.

Hadersleben ist mit seinen sehr verschiedenen Betrieben ein gutes Beispiel einer dänischen Stadt. Durch Ausschüsse, ernannt aus den Mitgliedern der Ratsversammlung, werden ihre Angelegenheiten geleitet, die sowohl die städtischen Werke (Elektrizität, Gas und Wasser), das Gesundheitswesen, Hafen, Straßen und Wege, Krankenhäuser, Schulwesen als auch die Wirtschaftsverwaltung umfassen.

Durch eine richtige Verwaltung sollen gute Verhältnisse für Junge und Alte, Gesunde und Kranke gewährleistet werden. Darf ich kurz Einzelheiten aus der Arbeit erwähnen:

Der schwangeren Mutter wird während der Schwangerschaft durch kostenlose ärztliche Untersuchungen Fürsorge gewährt.

Die Kinder erhalten während der ersten sechs Lebensjahre kostenlose ärztliche Untersuchungen vorbeugender Art, und Gemeindeschwestern sorgen in den ersten zwei Lebensjahren für ihre Pflege.

Kindergärten stehen sowohl zur Aufnahme jener Kinder bereit, die es auf Grund besonderer Verhältnisse der Mutter benötigen, als auch derjenigen, wo es aus pädagogischen Gründen notwendig ist.

Das Schulwesen nimmt sich der Altersklassen von 6 bis 16 bzw. 17 Jahren an, je nach Wunsch und Bedarf bezüglich des Unterrichts.

Es gibt sowohl allgemeinen Unterricht als auch höhere Schulausbildung mit Abitur als Abschluß.

Dazu kommt die Jugendausbildung für die nicht fachlich geschulte Jugend und Einrichtungen wie Freizeitklub für 10- bis 16jährige, die für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren vorhanden sind.

Es gibt eine Bücherei und Volkshochschulunterricht für Erwachsene, und beides wird eifrig benutzt.

Der Sport steht in der Stadt an guter Stelle, da wir sogar mehrere Dänemark- Meisterschaften aufweisen können.

Die Betreuung der Krankenhäuser ist zwischen Kreis und Stadt verteilt, indem der Kreis ein chirurgisches und die Stadt ein medizinisches Krankenhaus betreuen.

Die Pflege der Alten wird teils durch eine Pensionsordnung, die von der Gemeinde verwaltet wird, und teils durch Altersheime verschiedener Art gewährleistet, u. a. durch Pflegeheime für besonders Pflegebedürftige und Wohnungen für diejenigen älteren Bürger, die noch einen kleinen Haushalt versehen können.

Für Körperbehinderte gibt es besondere Wohnungen, die so eingerichtet sind, daß die benötigten Hilfsmittel leicht und mühelos und praktisch untergebracht werden können.

Zu diesen Verwaltungsformen kommt die Lösung technischer Aufgaben hinzu, wie die Verwaltung der Straßen, der Müllabfuhr und der Kläranlagen, die Anlage von Parkplätzen und die Schaffung passender Parkmöglichkeiten, die Verwaltung der technischen Werke usw., nicht zuletzt Stadtplanung und -sanierungsarbeiten.

Was kostet nun all dieses? Die komonale Steuererhebung beträgt 14 Millionen Kronen, welches anders ausgedrückt einen Steuersatz von 15,7 Prozent ausmacht. Das heißt, daß die Bürger 15,7 Prozent von ihrem steuerpflichtigen Einkommen bezahlen, jedoch auf eine solche Weise gestaffelt, daß die großen Einnahmen besondere Besteuerung erhalten, während bei den kleineren Einkommen Abzüge gestattet sind. Es werden also in Dänemark nach dem Leistungsprinzip Steuern bezahlt, wenn auch die meisten sicherlich meinen, daß sie über ihr Leistungsvermögen Steuern zahlen.

Es muß erwähnt werden, daß die Stadtverwaltung in Hadersleben in großem Maße Boden aufgekauft hat, den wir in schnellem Tempo sowohl für Industrie- als auch für Wohnbauzwecke weiter veräußern. Wir sind immer noch an der Erweiterung interessiert. Wir sind bereit, in dem Umfange zu helfen, wie es uns möglich ist, und mitten in dem Bestreben nach Erweiterung versuchen wir das ruhige Gepräge der Vergangenheit festzuhalten.

*

Wir wollen und müssen für geistige Interessen Zeit haben. Die Hetze der Zeit darf nicht nur Menschen hervorbringen, deren allgemeiner Gedanke wirtschaftlicher Fortschritt ist. Deshalb setzt sich der Stadtrat für die Entwicklung der kulturellen Institutionen ein, und deshalb versucht der einzelne einmal innezuhalten, um daran zu denken, daß über die wirtschaftliche Hetze hinaus der wahre Wert des Menschen nicht aus dem Auge verloren werden darf.

Es muß sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft für eine Entwicklung gesorgt werden, die es gestattet, für andere Zeit zu haben. Es bleiben viele Wünsche offen. Ein weiterer Ausbau unserer kulturellen Institutionen steht an erster Stelle auf dem Wunschzettel, und wir hoffen u. a., daß die Universität, die Nordschleswig einmütig nach der Stadt Hadersleben wünscht, Wirklichkeit wird. Wir müssen die Bibliothek und das Theater ausbauen, wir müssen weiterhin dem Bedarf an Räumlichkeiten für die Jugend Rechnung tragen, und wir müssen für den Ausbau des Krankenhauswesens sorgen. Es liegt ein Detailprojekt für ein neues, gemeinsames Krankenhaus für Kreis und Stadt vor, und wir hoffen, mit der Einrichtung im nächsten Jahr beginnen zu können.

Die kommunale Aufteilung ist eine der Aufgaben, die ebenfalls die kommunalen Gemüter bewegt. Man denkt an größere Stadtgemeinden, und was die Stadt angeht, hat man die Hoffnung, daß man in guter Eintracht mit den angrenzenden Gemeinden eine Zusammenlegung erreichen kann, die eine künftige, gesunde und gute Entwicklung für uns alle ermöglicht.

*

Ich könnte noch lange Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, aber man soll niemals übertreiben; so ist es an der Zeit, diesen Stadtrundgang zu beenden. — Wir danken für den Besuch während der Tagung, und wir freuen uns darauf, Sie wiederzusehen. Sie sind immer willkommen, und es ist zu hoffen, daß Sie dann mehr Zeit zur Verfügung haben werden, um Hadersleben näher zu betrachten. Wenn wir Ihnen behilflich sein können, bitten wir Sie, in dem Touristenbüro der Stadt am Graben vorzusprechen, wo man Ihnen jede gewünschte Auskunft geben wird.

Das neue Gesicht der Grenzstadt Flensburg

Es ist gut, wenn man seine Ausführungen vor einem vertrauten Forum machen kann. In diesen Blättern ist soviel Entscheidendes über die geistige Grundhaltung im schleswigschen Raum gesagt und ausgetragen worden, dazu hat die fünfzehnte Mitgliederversammlung auch die Entwicklungsfragen dieses Raumes und der zentralen Stadt angesprochen, so daß vieles ungesagt bleiben kann, was andernorts gesagt werden müßte.

Im Anschluß an die Ausführungen des damaligen Oberbürgermeisters Thomas Andresen über „Wirtschaft und Finanzen einer Grenzstadt“ (Heft 4/56) habe ich zur städtebaulichen Entwicklung dieser Stadt Ausführungen gemacht. Jetzt bringt mich der Beitrag von Herrn Professor Weigand (Heft 1/65) noch einmal und naturgemäß aus neuerer Sicht dazu, mich abermals zum Wort zu melden. Wie es seiner Disziplin zukommt, untersucht Professor Weigand das, was bis zu einem bestimmten, rückliegenden Tag geschehen ist. So kann auch eine Karte „Flensburg 1964“ nicht das enthüllen, was gerade im Entstehen begriffen ist und was so entscheidend „das neue Flensburg“ seit etwa 1950 von dem abhebt, was bis 1939 das Ergebnis einer Jahrhunderte währenden Entwicklung war. Ich kann hier sicher auch ungerügt darauf verzichten, das aufzuzeigen, was aus seiner Geschichte und von seinem Volkstum her so von Grund auf die Züge eines neuen Flensburg bestimmt. Sicher bedarf sein Werden, das ich nun gerade aus einer in diesen Tagen fünfzehnjährig werdenden Tätigkeit in seiner Form mit beeinflussen konnte, in vielen Teilen noch der Abrundung.

Es ist aber auch nicht von ungefähr, daß in diesen Jahren die Erkenntnis zu festen Ergebnissen geführt hat, die eine Entwicklung dieser Stadt über ihre bizarren Grenzen, über alle kommunalen Hoheitszäune hinaus zum „Modellfall“ einer urbanen Region hat werden lassen. Dabei bleibt dankbar anzuerkennen, daß gerade die allgemeine Technisierung dazu hilft, die freie Landschaft, den ländlichen Raum also, von der Stadtlandschaft klar zu trennen.

Wir sind nicht mehr darauf angewiesen, endlos weiterzubauen, sondern können da Entfernungen überspringen, wo es uns darauf ankommt — beiden zum Vorteil und beiden zur Bereicherung —, wie wir auf anderem Gebiete heute den „Unterschied“ in Gesinnung und Lebensart der beiden im Lande lebenden Volksteile als Bereicherung des „Gemeinsamen“ empfinden.

Die Möglichkeiten und Grenzen der Gestaltung eines Stadtbildes sind eng gesteckt. Vielleicht ist es überhaupt vermessen, bei der Formung und Lenkung eines in den Zeitläuften einmal schnell und dann wieder langsam „wachsenden“ Gebildes von Gestaltung zu sprechen, — aber wir sind es ja gewohnt, große Worte zu gebrauchen. Wer will einem natürlichen Wachstum Grenzen setzen, da unser

ganzes Bemühen dahin geht, es am Wachsen zu erhalten? Eine Planung muß daher diesem Ungewissen mit einer ihr eigenen Flexibilität Rechnung tragen. Andererseits haben wir seit Jahren die geradezu entsetzlichen Beispiele in den verschiedenen Ballungsräumen der Welt vor Augen, die darum den einzelnen Menschen entwurzelt haben und ihm einen Daseinstakt aufzwingen, der nicht länger mit dem ihm von der Natur vorgeschriebenen Rhythmus seines Lebens in Einklang zu bringen ist, weil sie formlos und ohne innere und äußere Begrenzung zu unübersehbaren Gebilden gewachsen sind. Vor vielen Jahren hat Lewis Mumford schon das Menetekel an die Wand geschrieben: Megapolis - Makropolis - Nekropolis! Das soll nicht heißen, daß von vornherein Flensburg Gefahr liefe, in die Maßstäbe jener Ungebilde zu verfallen. Es gilt aber, die gerade ihr eigenen Maßstäbe zu halten, zu festigen und ihr Bild danach zu formen. Mag sein, daß in ihrem bisherigen Wachstum von innen her so ein Bemühen nur schwer zu erkennen ist. Wir haben aber heute von außen her eine ganze Anzahl positiver Urteile, die am Beispiel Flensburgs gerade das zu werten und anzuerkennen wissen. Obwohl das Baugebiet dieser Stadt in diesen letzten Jahren fast auf das Doppelte gewachsen ist, konnte sie davor bewahrt bleiben, daß früheren Vorstellungen gemäß ein stetig wachsendes Steinmeer dem Zufall folgend oder willkürlich die Landschaft ausufert.

Das Bild der aufgegliederten Stadt, die ihre gewiß herbe und vielleicht auch manchmal karge Schönheit aus den Gegebenheiten ihrer Lage zieht, wird heute schon dem deutlich, der das Stadtbild etwa vom Turm unseres neuen Rathauses aus betrachtet, oder dem, der Gelegenheit hat, es aus größerer Höhe mit einem Blick zu umfassen, aus der dann auch die große Anzahl der Häßlichkeiten verwischt, die uns aus der Nähe betrachtet noch so stören.

Es sind heute, und zwar maßvoll, die Dominanten gesetzt, die das „Weichbild“ kenntlich machen, und es ist das alte liebe Bild unserer inneren Stadt mit ihren bescheidenen Türmen und Großbauten davor bewahrt geblieben, von pilzartig aufschießenden, maßstabbrechenden Hochbauten gestört zu werden.

Es sind die Wege gelegt, die es ermöglichen werden, auch aus vier Kilometer Wohnentfernung noch innerhalb einer Viertelstunde die Innenstadt oder diametral entgegengesetzte Arbeitsgebiete zu erreichen. — Man halte mir hier fairerweise nicht „rote Wellen“ über zur Zeit in Gang befindliche Baustellen entgegen oder etwa eine Parkraumnot, der leicht vorerst noch abzuhelpen wäre, wenn wir Ortsansässigen bereit wären, Gehentfernungen von 15 Minuten in Kauf zu nehmen. Keineswegs sind die dringendsten Probleme auch nur annähernd gelöst! Betrachten wir die „Möglichkeiten und Grenzen“ unserer Stadtplanung, also das, was wir ebensogut formbildende oder formbindende Faktoren nennen können, und fassen diese unter vier Überschriften zusammen:

1. Die natürlichen Gegebenheiten (Morphologie der Landschaft).

2. Der Mensch und seine sozialen Bedürfnisse.
3. Technik und Arbeitsplatz.
4. Das bauliche Erbe.

Es wird immer so sein, daß der Planer das „planerische Risiko“, wie es Professor Bösl vor der Arbeitsgemeinschaft der schleswig-holsteinischen Mitgliedergemeinden des Rates der Gemeinden Europas bezeichnete, tragen muß. Genaue Kenntnis der Struktur seines Bereiches, die auch ihn davon enthebt, mehr oder weniger intuitiv arbeiten zu müssen, erlangt auch er erst durch wissenschaftlich exakte Untersuchungen. Seine Arbeit greift weit aus und muß auch „Daten“ abwägen, die imponderabel sind, die die Zahl nicht zu fassen vermag, Daten, die aus Verhaltensweise und Initiative der Menschen resultieren.

Die natürlichen Gegebenheiten

Unter einer 300 bis 600 Meter hohen Eisdecke hat sich unsere Landschaft geformt. Schmelzwasser haben die Flensburger Förde tief und eng eingeschnitten und an ihrem Südende zwischen den über vierzig Meter hohen Kanten einen kaum 600 Meter breiten Talgrund gelassen. Die mittelalterliche Stadt hat sich in diesen Raum eingefügt und ihn wahrscheinlich noch als weit empfunden. Für viele Jahrhunderte hat dieser Raum genügt, in den sich auch die spätmittelalterliche Erweiterung der vereinigten Doppelstadt, die Neustadt von der Neuen Straße bis zum Nordertor, einfügte. Die mittelalterliche Stadt war eine Einstraßen-Bandstadt. Die Ausweitung des Südeendes des Tales auf der Ostseite des „Mühlenstroms“, dessen eine fast vergessene Quelle heute noch den Namen „Flensau“ trägt, der auf die Stadt übergegangen ist, kam der Fischerstadt Sankt Johannis zugute. Innerhalb ihrer Pallisaden, zwischen Heinrichstraße und Plankemai, der „nassen Wiese“, hatte sie in aller Kleinmaßstäblichkeit schon ein Straßennetz. Die Täler haben die vielfach übereinandergeschobenen pleistozänen Schichten der Zwischeneiszeiten angeschnitten, die uns bei unseren größeren Bauten heute die Schwierigkeiten machen und die wir, um sicher gründen zu können, mit langen Pfählen durchstoßen müssen. Sie verursachen auch die vielen artesischen Quellen der Westseite. Erst das ausgehende 19. Jahrhundert nun hat sich auf die Ränder hinaufgewagt, wenn man von dem Intermezzo der Duburg absieht.

Auch über die Ränder hinausgreifend, stoßen wir schon sehr bald wieder auf eine markante landschaftliche Grenze, die Wasserscheide. Lachsbach, Schwarzenthalbach, Mühlenstrom, Lautrupsbach und Osbek führen aus einem fast runden Flachkessel von kaum acht Kilometer Durchmesser ihre Wasser der Förde zu. In der Projektion der Karte gesehen, taucht die Fördespitze von oben in einen Weinkelch hinein. Dies ist der Raum, den heute das neue Stadtgebilde locker und bei weitem nicht voll ausfüllt. Waldkuppen markieren den Ring: Kluesrieser Gehölz (54 m), Marienhölzung (62 m), das Handewitter Gehölz (61,5 m), die heute freilich

kahle Höhe 71 (nördlich Hornholz), der Weesrieser Wald (55 m) und Süderholz (54 m). Sicher wäre diese Wasserscheide für eine rasch wachsende Stadt keine unüberwindliche Grenze. Sie ist aber für ein zentrales Entwässerungssystem eine technische Grenze. Die tief in die Ränder eingeschnittenen Täler der erwähnten Fördezuflüsse aber sind eine natürliche Gliederung der Landschaft. Eben das ist eine der Gegebenheiten, die die neue Stadt respektiert, ja zum gestaltenden Element macht.

Wir sehen heute Flensburg als das „Tor zum Norden“ an, als das diese Stadt vor der Grenze im Zuge eines heutigen Nord-Süd-Verkehrs erscheint. Kulturell mag sie die Bedeutung eher gehabt haben, für den Verkehr hat sie diese erst seit etwa einhundert Jahren. Die kaum vierzig Kilometer messende „Enge“ des schleswig-holsteinischen Raumes ist während all der Jahrhunderte vorher Durchgangsraum zwischen den beiden Meeren gewesen, als die bis in die Mitte der „Landbrücke“ hineinreichenden Förden auch „große“ Seeschiffe trugen und die in die „Westsee“ einmündenden Flüsse ausreichten, um die alten Hafenstädte (Ripen, Tondern, Husum, Tönning und Friedrichstadt) zu erreichen. Als die Engländer (in diesem „Entwicklungsland“) die erste Bahn bauten, führte diese ost-west von Flensburg nach Tönning und Husum. Sie endete auf der Englischen Brücke auf der seichteren Ostseite der Spitze der Förde, dort, wo heute die östliche Kaimauer steht.

Am Ost-West-Weg von Angeln über die Furt, bei der später die königliche Wassermühle lag, ist auch die erste Ansiedlung entstanden. Der alte Heerweg (Ochsenweg) nord-süd aber führte vier Kilometer westlich an ihr vorbei.

Für die alte Stadt waren die natürlichen Gegebenheiten sicher viel entscheidender, als sie es heute für uns sind. Wir dürfen aber nicht darüber hinweggehen und würden uns versündigen, wollten wir z.B. das Osbek- und das Lautrupstal verbauen. Wenn wir auch wohl dafür sorgen könnten, daß nicht neue Harrisleer Straßen und Toosbüystraßen entstünden, wir würden unser Stadtbild doch um vieles ärmer machen.

Der Mensch und seine sozialen Bedürfnisse

Die Planung einer Stadt muß, wenn sie nicht Gefahr laufen will, unharmonisch und ungesund zu werden, gewisse menschliche Maßstäbe anerkennen. Auch der moderne Mensch, der zwischen dem Ort seiner Erwerbstätigkeit, wenn diese überhaupt an einen Platz gebunden ist, und dem „Zuhause“ seiner Familie, seinem Wohnplatz, größere Entfernungen in Kauf nimmt, empfindet diese als störend, wenn sie ein gewisses Maß überschreiten. Dem Erwerb und damit seiner zwangsläufigen Abwesenheit vom Wohnplatz ist aber in der Regel heute nur ein Viertel seiner Zeit eingeräumt, und seine Familie, innerhalb der er versorgt wird, hat ohnehin nur sehr enge Aktionsradien. Da spielen täglich eine große Rolle die

Schul-, Kindergarten- und Einkaufsentfernungen, die klein gehalten werden müssen. Mit ihnen sind aber bestimmte Größen für die Wohngebiete gegeben, die wir nicht verwischen oder überschreiten sollten.

Wenn wird mit „Wohngemeinde“, „Nachbarschaft“ und „Heimat“ gewiß alte, bewährte Begriffe strapazieren würden, so existieren solche auch heute noch „unterschwellig“ — wie die Sprache das heute nennt. Gibt es in dieser Stadt nicht so etwas wie „Falkenberger“, „Jürgensbyer“ oder „Mürwiker“?

Starke Bindung bringt also zunächst einmal unsere Volksschule, deren Schülerzahl wir normalerweise mit 500 begrenzen. So teilt sich der frühere Mürwiker Bereich bereits heute in drei Bezirke, nämlich Fruerlund, Mürwik und Friedheim. Da Engelsbyer Kinder heute notweise noch nach Fruerlund gehen, weil sie noch keine eigene Schule haben, müssen zwischenzeitlich leider einige Fruerlunder noch nach Jürgensby. Das hat Ärger gegeben, nicht nur, weil sie ein paar hundert Meter weiter gehen müssen, sondern weil sie eben dort nicht „hingehören“.

Seit langem sprechen wir von zwölf Ortsteilen in Flensburg. Wir brauchen sie hier auch mit ihren Schulen nicht einzeln aufzuzählen. Es mögen in einer späteren Stadterweiterung sich weitere solche Einheiten an heutige anlehnen oder dazwischenschieben. Sie mögen auch ihrer Bevölkerung entsprechend verschieden groß sein, immer aber werden sie ihre Schulen haben. Siebzehn Volksschulen sind geplant.

Naturgemäß greifen andere Gemeinschaftseinrichtungen über die damit gezogenen Grenzen hinweg, z. B. die höheren Schulen, die des Schulvereins oder die Kirchspiele, die sich in einigen Fällen nicht einmal an die Stadtgebietsgrenze halten.

Der lokalen Versorgung dienen Geschäftszentren. Wo die Gehentfernungen zu groß werden, auch zusätzliche Einzelgeschäfte. Für eine zentrale Versorgung, die über den täglichen Bedarf hinausgeht, bleibt bei der Größe unserer Stadt aber die Innenstadt die richtige Lage. Sie ist auch durch den „ZOB“ goldrichtig mit allen Stadtteilen und dem Umland verbunden. Trotz zeitbedingter Verkehrs- und Parknöte sollten wir daran festhalten — allein, um die heute veralteten Gebiete vor künftiger Leere zu bewahren, und sollten dort die zentralen Einrichtungen unterbringen, die der ganzen Stadt dienen. Die Verwaltungen gehören dabei nur an den Rand. Die rapide Abnahme der ursprünglich sehr „dichten“ Wohnbevölkerung ist das Resultat ungenügender, ungesunder Bedingungen. Wohnungen hier sollten die wertvollsten, nicht die schlechtesten sein. Den gestiegenen Wohnansprüchen an Ausstattung wie an Umwelt vermögen naturgemäß die neuen Ortsteile eher Rechnung zu tragen als die alten. Man betrachte das Kerngebiet der Südstadt, die „Rude“, als Beispiel eines gelungenen Ortsteiles.

Mit einem Bestand von 35 000 Wohnungen, den wir in diesem oder im nächsten Jahr erreichen, sollte rein rechnerisch der derzeitigen Nachfrage genügt sein. Die Meinungen gehen da sehr auseinander. Entscheiden wird, ob wir einen Großteil der Altwohnungen überhaupt noch als solche ansehen können und wie wir unsere künftige Größe einschätzen müssen.

Unsere Bevölkerungszahl ist in den vier letzten Jahren etwa um 2000 abgesunken. Wenn wir aber die Stadt und die angrenzenden Gemeinden als eine Region betrachten, so ist sie dort im gleichen Zeitraum von rund 110 000 auf 114 000 angewachsen. Dazu kommt eine sogenannte „nichtstationäre“ Bevölkerung von etwa 10 000 Personen, die größtenteils anders als in Wohnungen untergebracht ist. Die Statistik spricht daneben von „Ein- und Auspendlern“; aber warum sind 5000 Menschen, die täglich aus Harrislee zur Arbeit gehen, „Pendler“, und die gleiche Zahl aus dem Ortsteil Friedheim, die vielleicht noch einen Kilometer mehr gehen muß, nicht — nur weil erstere über eine papierne Grenze hinweggehen und weil zwischen beiden Gemeinden die Steuern ausgeglichen werden? Die Statistik aber erweist, daß in dem weiteren Raum von Flensburg und acht angrenzenden Gemeinden nur wenig Menschen ein- und auspendeln. Das wiederum zeigt, daß eine ganze Anzahl Menschen ihr Domizil aus dem Stadtraum hinaus in die engere „Region“, wenn wir die neun Gemeinden gemeinsam so nennen dürfen, hinausverlegt haben. Dieser Zug wird, vom Auto begünstigt, nicht aufzuhalten sein, zumindest solange nicht, wie in Flensburg Baugrundstücke nur schwer zu erlangen und daher teuer sind und in den Randgemeinden scheinbar preiswerte angeboten werden. Letzteres freilich nur solange, wie man dort vor den kommunalen Folgekosten die Augen schließt.

1914 kamen in Flensburg auf eine Wohnung vier Personen, 1950 — zeitbedingt — fünf, jetzt kaum noch drei. Der Trend geht weiter. Bei einem künftigen Durchschnitt von nur noch 2,5 Personen je Wohnung aber benötigen wir heute schon mehr als 36 000 Wohnungen, ohne daß wir Vorrat für einen Zuwachs hätten. Einer Nachfrage nach komfortablen Altenwohnungen und solchen für „emanzipierte Untermieter“ kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Natürlich kann uns nur ein ausreichender Vorrat an Wohnungen davor bewahren, daß wie in den USA oder in England wandernde Arbeitskräfte zu modernen Nomaden in Wohnwagen werden. Mögen diese noch so komfortabel sein, unsere Kultur wurzelt in der Seßhaftigkeit. Die Stadt kann aber nicht länger Mittel, die sie für die Erschließung und Bereitstellung von Bauland so dringend benötigt, in einer Finanzierung des Wohnungsbaus binden!

Als vor zehn Jahren die notzeitlich belegten Bauflächen freigemacht werden mußten, wurde den Kleingärtnern ein Revirement zugemutet. Es wurden den Ortsteilen zwölf Dauergebiete, zum Teil neu, zugeordnet. Kleingärten sind zwar heute nur noch selten Wirtschaftsgärten. Es ist aber nur gut, wenn sie mehr und

mehr zu gepflegten Wochenendhausgebieten werden. Sie sind dann eine Stätte der Erholung für alle die Menschen, die dem Auto nicht ganz verfallen. Diese zu Fuß, per Bus oder durch Kurzfahrt mit dem Auto zu erreichenden Erholungsstätten sollten aber gut ausgestattet und versorgt werden. Zum dauernden Wohnen dürfen sie allerdings nicht dienen.

Mit Sportflächen ist die Stadt nicht schlecht ausgestattet. Es werden zwar oft sehr hohe Forderungen gestellt. Auch eine Mehrzweckhalle ist im Bau, und eine weitere wird die unzulängliche Duburghalle ersetzen müssen. Nur sollten sie Sporthallen bleiben! Alle neuen Schulen haben ihre Turnhallen und Spielfelder. Für die alten werden, wo möglich, auch solche geschaffen.

Der Ausbau des Volksparks ist eine Frage der Zeit. Der Jahrmarkt, der immer mehr Belustigungs- und Erholungssache wird, sollte dort ebenfalls seinen endgültigen Platz finden, wenn die Exe als zentraler Parkplatz benötigt wird.

Technik und Arbeitsplatz

Wenn wir in diesem Abschnitt zwei wesentliche Faktoren zusammenfassen, so deshalb, weil sie sich gegenseitig mehr bedingen als andere. Mit Technik mag dabei das gekennzeichnet sein, was zur Versorgung und zum Betrieb in einer Stadt notwendig ist, und mit Arbeitsplatz — hier — die Einrichtungen für die Tätigkeiten ihrer Menschen. Oft und immer wieder haben wir darauf hinweisen müssen, daß in unserer Stadt mit dem, was auf und eben unter der Erdoberfläche geschieht — gegenüber dem, was über der Erde gewachsen und deshalb sichtbar ist, nicht Schritt gehalten wurde. Die dreißiger Jahre haben uns bereits einen „Nachholbedarf“ hinterlassen. Wir haben zwar außen erweitert, aber im alten Netz nur die allerdringlichsten Engpässe beseitigt. Das gilt für die Verkehrswege ebenso wie für die Siede. Wir stellen von Jahr zu Jahr höhere Ansprüche, Hygiene bedingt nicht nur die ausreichende Versorgung mit Frischwasser, sondern auch die hinreichende Beseitigung der Abwässer.

Auf der Ostseite des Hafens haben wir den ersten, wesentlichen Teil eines zentralen Klärwerks gebaut. Man hat sehr ausgiebig darüber debattiert, ob diese erste Ausbaustufe richtig berechnet sei. Sie ist so angelegt, daß ihre Kapazität durch entsprechende Zubauten verdoppelt werden kann. Auch hier sprechen natürlich eine rasche Zunahme des Verbrauchs und ein unvorherzusehendes starkes Anwachsen der überaus verbrauchsfreudigen nichtstationären Bevölkerung mit. In einem Bericht über „Probleme der Stadtplanung in Flensburg“ (Schleswig-Holstein, Heft 10/1960) konnte ich mich noch der Hoffnung hingeben, daß in den nächsten fünf Jahren die Hauptsiele (Stammssiele) gebaut sein würden. Wir sind heute mit dem Stammsiel Süd, das z. B. notwendig ist, um in Flensburg-Weiche weitere Wohnungen bauen zu können, bis vors neue Rathaus gekommen. Ein Transportwerk in Galwik, das das für den Nordwesten heute ganz

unzureichende Werk am Nordertor ablösen und die Abwässer, insbesondere auch der Schlachthöfe, durch zwei 250er Rohre quer durch den Hafen drücken soll, ist im Bau. Wir werden uns auch noch in weiten Gebieten der Vorkriegsstadt mit einem Auftrennen des alten Mischsystems herumquälen müssen wie auch mit dem Ersatz alter Leitungen, die nach siebenzig Jahren verbraucht sind. Zu erwähnen ist dabei, daß auch auf diesem Gebiet ganz zwangsläufig die Stadt, sozusagen als „Unterlieger“, die Zivilisationsnebenprodukte der Randgemeinden übernehmen muß. Insgesamt gesehen ist dies auch rationell. Es wird jedoch unsere Einrichtungen im Ende zu zehn bis zwölf Prozent belasten. Wir haben indessen auch längst vergessen, in welcher schlechter Situation wir waren und wie etwa unser Innenhafen 1955 aussah.

Die anderen Versorgungsbetriebe stehen vor ähnlichen Schwierigkeiten. Ein zweites Wasserwerk und vor allem der neue Wasserturm, den in seiner eigenwilligen Form aus kühner Konstruktion heraus Professor Trautwein, Hamburg, entwickelt hat, geben Zeugnis vom Ausbau der Wasserversorgung, wie es die gelegentlichen Straßenaufbrüche auch tun. Es ist oft nicht ohne weiteres sichtbar, welchen Einfluß diese Einrichtungen auf die Formung des Stadtbildes haben, aber sie haben ihn.

Bei den Versuchen, einer rapid anwachsenden Verkehrsbelastung in unseren Straßen Herr zu werden, mußten alte Vorstellungen über die Gestaltung des Straßennetzes und seiner Konzentrationsfelder ebenfalls sehr schnell revidiert werden. Den Werdegang aufzuzeigen, hieße geschichtliche Betrachtungen anstellen. Nachschlagen kann man dies in den beiden vorerwähnten Darlegungen (Grenzfriedenshefte 4/1956 und „Schleswig-Holstein“ 10/1960). Immerhin zeichnet sich darin eine klare Linie bis zu den heutigen Vorstellungen und bis zu dem System, das wir kurz „den Plan Wehner“ nennen, ab. Unsere Zählungen 1958 hatten ein klares Bild über die Verkehrszunahme seit 1954 ergeben. Daraus bereits ging eindeutig hervor, daß wir mit einem zuerst konzipierten Doppelstraßensystem Süderhofenden und einer gleichermaßen auf der Ostseite der Bahn auszubauenden Straße nichts erreichen würden, ohne daß wesentliche Teilnehmer des Verkehrs, nämlich die eines doch nur auf Geschwindigkeit drängenden Durchgangsverkehrs, herausgenommen würden. Das führte zu dem Vorschlag, die aus der Husumer und Schleswiger Straße über den ZOB hinausfahrenden Verkehrsteilnehmer in eine zweite Ebene zu verweisen. Die sehr eingehenden neuen Zählungen nun, die Professor Wehner 1961 durchführte und die von seinem Institut für Straßen- und Verkehrswesen der Technischen Universität Berlin entwickelten Methoden ermöglichten, Querschnittsbelastungen für alle Teile unseres Straßennetzes für 1970 und 1980 zu ermitteln. Eine Reihe von Planuntersuchungen dazu ergab danach eindeutig, daß eine andere annehmbare Lösung als die in einer zweiten Ebene gar nicht möglich ist und daß

auch eine solche Bahn in der zweiten Ebene vierspurig sein muß. Vor allem aber würde ohne sie der stärker werdende Verkehrsfluß auf unserer Hauptstraße trotz des Baues der Westumgehung nicht nur zum Erliegen kommen müssen, sondern bereits 1973 jede Ein- und Ausfahrt in die Innenstadt unterbunden und damit dieser wertvollste Teil unserer Stadt totgelegt werden. Auch der Bau einer „Ostumgehung“ zwischen Schleswiger Straße und Nordstraße wäre keineswegs geeignet, die Hauptstraße zu entlasten — was zunächst natürlich nichts aussagt über die anderweitige Notwendigkeit einer solchen Straße. Sie muß auch weiterhin Bestandteil unserer Planungen bleiben. Die Ermittlungen zeigen aber vor allem auch, daß die aus einer Umfahrung des Fördeendes zu erwartenden Spitzen eines Verbindungsverkehrs zwischen dem Hafendamm und den Norderhofenden, die beide sechs Fahrspuren haben müssen, nur über eine Brücke bewältigt werden können. Diese zweite, allerdings nur mit zwei Fahrspuren in einer Richtung befahrene Hochstraße über die Abfahrtsrampen der Hafenbahn hinweg soll die ZOB-Kreuzung von den aus den Norderhofenden kommenden Linkseinbiegern freimachen. Unter Umständen sollte diese Brücke sogar noch vor der eigentlichen Hochstraße gebaut werden!

Solche Forderungen erschrecken, noch mehr aber die Vorstellung, daß rechtzeitig nichts Ausreichendes geschehen könnte. Wie unerbittlich und auch gegen alle früheren Voraussagen der Verkehr wächst, zeigt allein, daß in Flensburg mit 16 654 Kfz, die am 1. Januar 1965 gemeldet sind, die Prognose bereits um 1400 überschritten ist. Es muß danach befürchtet werden, daß die bisher für 1970 vorhergesagten etwa 20 000 Kfz und 24 500 Kfz für 1980 schon früher erreicht werden.

Die Augen verschließen, heißt auf Wunder warten! An Einzelheiten des Planvorschlags zu kritisieren, ist zumindest jetzt ebenso nutzlos. Es kommt auf das System an. Ein gegen nur eine Stimme einhellig gefaßter Beschluß der Ratsversammlung hat deshalb im April den „Plan Wehner“ als Grundlage unserer Planungen akzeptiert. Eine weitere große Genugtuung aber lag auch in der Anerkennung des Bundesverkehrsminister bei seinem Besuch am 28. Mai, der bestätigte, daß er nach eingehender Prüfung den Plan für die richtige Lösung halte. Auch erscheine ihm eine Finanzierung schon deshalb keineswegs unmöglich, weil bis 1980 in klaren und dem Bedarf auch zeitgerecht angepaßten Abschnitten gebaut werden könne. Eine östliche Umgehungsstraße, eine Verbindung der B 76 / E 3 aus dem Abzweig der westlichen Umgehungsstraße heraus zur Nordstraße also, werde schon deshalb erforderlich, weil eine 1970 noch nicht gebaute Hochstraße eben den dann bereits durch die Autobahn angesogenen Verkehr aus dem Nordostraum der Region noch nicht aufnehmen könne.

Das System des künftigen Verkehrsnetzes ist aus dem Fahrspurenplan 1980

ebenso abzulesen wie die Dringlichkeit einzelner Maßnahmen. Er ist aus den Unterlagen Professor Wehners zusammengetragen. Selbst wenn die Bundesbahn den Hafen nicht mehr über die Geleise beschicken würde und uns den Bahndamm abträte, änderte das am System nichts. Eine zweite Ebene bleibt erforderlich, um den schnellfahrenden Verkehr aus den Kreuzungen herauszunehmen. Allerdings wäre ihre Durchführung dann um vieles leichter. Es besteht aber wenig Aussicht dafür. Erstens wollen wir, daß das Industriegelände beiderseitig des Hafens lebt, und zum anderen wäre ein Umladen der Güter in Flensburg-Weiche auf schwere Straßenfahrzeuge, die unsere Straßen zusätzlich belasten würden, unwirtschaftlich. Unwidersprochen ist heute die Erkenntnis allerwärts, daß es gerade das Anwachsen des Individualverkehrs ist, das uns zwingt, die Massenverkehrsmittel so gut wie irgend möglich auszustatten. Massenverkehr kann in unserer Stadt nur der Bus übernehmen, und gerade der braucht gute Straßen.

Wenn die öffentliche Hand schon nicht die Mittel hat, ausreichend für den fließenden Verkehr zu sorgen, wie kann man von ihr verlangen, daß sie es auch noch für den ruhenden tue. Der ewig suchende Finger zeigt heute auf den „Veranlasser“, der Kunden wie Bedienstete nur noch locken kann, wenn er auch für Parkplätze sorgt. Hier aber bieten sich die tiefen Blocks unserer Innenstadt an, mit ihren längst abgeschriebenen Hintergebäuden von oft fraglicher Bausubstanz, in denen weder ein Betrieb existieren kann noch Menschen werden wollen. Hier könnten an gemeinsam genutzten Beschickungsflächen wertvolle zweite Fronten entstehen, denen Passagen zusätzlich pulsierendes Leben zuführen. Für den Block am ZOB fordern die Höhenunterschiede geradezu heraus, eine Beschickung in einem unteren Geschoß von den Süderhofenden her zu schaffen. Käufer und Fußgänger dagegen würden auf Holmhöhe bleiben und über Passagen einen gemeinsamen Innenhof erreichen können, der alle Voraussetzungen bietet, reizvoll, attraktiv und intim gestaltet zu werden. Ob sie dann über eine Fußgängerbrücke zum ZOB, die wir durchaus nicht geschenkt haben wollten und die unsere Schwesternstadt zu ihrem großen Vorteil angenommen hat, hinüberführt, mag offenbleiben. Für die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel wäre sie jedenfalls eine bedeutende Erleichterung und damit ein Anreiz gewesen.

Die beteiligten Grundeigentümer sollten gerade in der Sorge um ihre Werte erkennen, daß unberechtigte Forderungen einer so dringlichen Erneuerung im Wege stehen und letzten Endes dazu führen, daß sich eine Entwicklung allzu leicht anderwärts günstigere Bedingungen sucht. Solche Entwicklung würde dann auch noch die Kunden der „Kleineren“, die sonst nur Zuwachs gewinnen könnten, mitnehmen.

Dafür gibt es Beispiele genug, selbst in unseren Wiederaufbaustädten! Nur

gemeinsame Anstrengung kann dem begegnen!

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß Parkhäuser dort nicht angenommen werden, wo sie auch denen, die zum Zahlen hoher Gebühren bereit sind, doch noch kurze Gehwege zumuten. Sie müssen also sehr nahe an der Innenstadt liegen und ziehen damit wieder Verkehr dorthin. Sie liegen daher an den engen Stellen gerade nicht richtig. Unsere Hoffnung ist, daß später einmal für die Hochstraße benötigtes Gelände auf der Ostseite der Bahn schon frühzeitig freigemacht werden kann.

Einige große Verkaufshäuser bereiten ihr Kommen vor. Sie können viel dazu beitragen, Flensburg über sein jetziges enges Einzugsgebiet hinaus „attraktiv“ zu machen. Sie gehören zu den Magneten, deren unsere Innenstadt bedarf. Das frühere Kommen eines großen Hauses ist seinerzeit freilich sehr verhalten begrüßt worden, mit vielen Befürchtungen, die keineswegs wahr geworden sind.

Mit Büros und Wohnungen aber werden wir unsere Innenstadt auch nur dann auffüllen können, wenn diese sehr hohen Standardanforderungen genügen und rentabel bleiben. Das können sie aber niemals werden, wenn dies allein an den Bodenpreisen scheitert. Man verkenne auch nicht, daß das Bundesbaugesetz und seine Ergänzungen einer Nutzungssteigerung sehr enge Grenzen entgegensetzt. Daß andererseits eine Geschäftsstadt nicht beliebig ausdehnbar oder streckbar ist, haben viele Neubau- und Wiederaufbaustädte erfahren müssen. Man übertrage einmal die Ausdehnung der Kieler City auf unsere Stadt. Vom Kieler Hauptbahnhof bis zum Schloß sind es 1200 Meter, vom Deutschen Haus bis zum Nordertor 1700 Meter. Die Grenzen sind eng gezogen. Das schließt nicht aus, daß anderweit auch Entwicklung möglich ist und daß sich dort Zentren herauskristallisieren, aber keine „City“.

Seit 1950, als in dem Baugebiet Rude erst wenige Häuser standen, ist südlich der Bleiche und der Eckernförder Landstraße ein Gewerbegebiet (Industriegebiet trifft nicht seinen Charakter) entstanden. Wir müssen denen danken, die dort gebaut haben, daß es so schön geworden ist. Es bietet vorerst noch Raum für manchen Zuzug. Aus der alten Stadt sind Betriebe nach dort umgesiedelt und weit über ihre alte Größe hinausgewachsen. Neue große Betriebe sind gekommen, vom Norden wie vom Süden, und bauen in einer Weise auf, die überrascht. Sie sind entgegen allen Prognosen gekommen, trotz ungünstiger Frachtbedingungen, weil sie hier den Platz fanden, dessen Bedingungen und Atmosphäre ihnen doch zusagte, daneben wohl auch wegen eines latenten Arbeitspotentials, das sich nicht etwa in Arbeitslosenziffern ausdrückt. Die haben wir längst nicht mehr, wohl aber Menschen, die durch günstigere Bedingungen für spezialisierte Arbeit aus untergeordneter Tätigkeit herauszuholen sind. Die Wirtschaftsbeziehungen vieler unserer Betriebe sind überregional, wie es einst der Flensburger Handel auch war. Wir sind, wenn wir als Stadt leben wollen, auf Zustrom angewiesen. 1961 waren

39 Prozent der Erwerbstätigen in Flensburg im „produzierenden Gewerbe“ tätig (Weigand). In den USA rechnet man nur noch mit 15 Prozent.

Es gibt heute schon Unternehmen, die „ballungsmüde“ sind. Sie haben erfahren müssen, daß zumindest ihr qualifiziertes Personal gesunde Lebensbedingungen gelegentlich auch höherer Bezahlung vorzieht. Zur „Attraktivität“ einer Stadt gehören aber ihr Stadtbild wie ihre kulturellen Einrichtungen, gute Straßen, gutes Wasser und gutes Wohnen ebenso wie ihr „Freizeitwert“. Dieser Begriff ist erläutert, wenn man erwähnt, daß München von sich selbst als der „Stadt mit dem größten Freizeitwert“ spricht. Unsere Darlegungen, was notwendig ist, hat sich kürzlich die SPD-Landtagsfraktion zu eigen gemacht. (9.4.65, Vorschläge zur Stärkung der Wirtschaftskraft im Wirtschaftsraum Flensburg.) Wir können nur dankbar sein und hoffen, daß „wenn alle rufen, auch der König kommt“, und das ist in Flensburg — der Flensburger!

Es ist gerade in letzter Zeit klargeworden, daß wir vor der bangen Entscheidung stehen, auch als einer der größten Standorte und Sitz sehr großer Bundesbehörden bestenfalls das zu bleiben, was wir heute sind, oder den Schritt zu tun, der uns instandsetzt, unsere Aufgaben besser zu erfüllen. Das ist kein sehr großer, aber ein sehr schwerer Schritt.

Wir haben unsere Vorplanung und auch einige städtische Einrichtungen darauf angelegt, daß wir im engeren Stadtgebiet 1980 eine Einwohnerzahl von 120 000 erreichen könnten. Zusammen mit den eigenständigen, aber auf städtische Versorgung ausgerichteten Randgemeinden mögen dies dann 140 000 Menschen sein. Ohne diesen Zuwachs an Bevölkerung geht unsere Rechnung nicht auf. Wir würden dann (man verzeihe mir hier eine recht grobe Skizzierung) 5000 zusätzliche Arbeitskräfte haben, und wenn auch die Arbeitsplätze dafür da sind, würde das schon sehr weit dazu helfen, auch ohne eine Anhebung des Hebesatzes die etwa fünf Millionen DM an Gewerbesteueraufkommen zu gewinnen, die uns fehlen, um unsere dringendsten Projekte finanzieren zu können.

Außer den Industrieflächen auf beiden Seiten des Hafens und den erwähnten im Süden der Stadt haben wir im Norden, Westen und Osten, auch in Flensburg-Weiche Flächen, die gut erreichbar, verhältnismäßig leicht erschließbar und Wohngebieten gut zugeordnet sind. Rechtzeitige Erschließung ist immer wieder die Sorge.

Unser Flächennutzungsplan weist etwa 70 Hektar für Gewerbeflächen und auch genügend Flächen für den Wohnungsbau aus. Da aber die Vorleistungen so groß sind, bleibt es auch künftig notwendig, konzentriert, sozusagen quartierweise zu bauen und zu erschließen. Es bleibt auch notwendig, trotz aller berechtigten oder begründeten Forderungen mit dem Korrigieren an Einzelsymptomen zurückzuhalten, bis ein gewisses Ziel erreicht ist.

Man werfe mir nicht vor, daß ich mich in wirtschaftliche Spekulationen hineingewagt habe, aber Städtebau ist ebenso die „Kunst des Möglichen“, als die Bismarck einst die Politik bezeichnet hat.

Das bauliche Erbe

Aus dem letzten Krieg ist unsere Stadt fast unzerstört hervorgegangen, eine Stadt freilich, die eine lange Periode nur sehr langsamer Entwicklung hinter sich hatte. Wir haben neben vielem Belastenden aber auch einige einmalige Schönheiten übernommen, wenn wir auch daran schon immer ärmer waren. Doch ist es selbst bei dem Wenigen eine entscheidende, nicht nur finanzielle Frage, was auf die Dauer erhalten werden kann, was wir als Denkmale nun wirklich nicht nur „schätzen“, sondern auch erhalten können. Wir wollen keine Ruinen, können aber auch nur eine geringe Zahl von Museen haben. Bei dem Bau unserer neuen Hauptverkehrsstraße ist das Kloster in seinem baulichen Bestand nicht angetastet worden. Das schien zunächst nicht so einfach. Der Bau kann aber sogar in der Gliederung des Großraumes zwischen Deutschem Haus und dem neuen Rathaus, der einer der Züge im Gesicht der neuen Stadt sein wird, eine wichtige Rolle übernehmen. Wohl ist in Frage gestellt, ob er auf die Dauer Altenwohnheim bleiben kann. Auch er sollte an dieser Stelle nicht Ruine werden, d. h. nicht ohne inneres Leben bleiben!

Abgesehen von den kirchlichen Bauten, die ohnehin immer ein Eigenleben führen werden, sind ihrer inneren, bleibenden Zweckbestimmung wegen auch einige schöne Beispiele profaner Baukunst aus dem Leben unserer Stadt gar nicht wegzudenken: Die Schranken beherbergen die kirchliche Verwaltung, das Kompanietor die Hafenverwaltung, und Flensborghus, das alte Waisenhaus, hat die dänische Volksgruppe in schöner Weise zu ihrer Zentrale gemacht. Das schönste Beispiel bürgerlicher Baukunst, das Alt-Flensburger Haus, steht schon nicht mehr in dieser Reihe, trotz der sicher nicht kleinen Opfer und des großen Idealismus, die seine Erhaltung überhaupt erst möglich machen. Noch steht der Giebel des alten Regierungshofes, Holm 7, der 1883 zum „provisorischen“ Rathaus wurde und den der Stadtbaumeister Wienstruck vor 112 Jahren „modernisierte“. Sicher gehört er nicht in die gleiche Kategorie wie die schönen Beispiele in der Nachbarschaft, z.B. die Ratsapotheke, wie Holm 17 und 19/21, und würde wahrscheinlich auch nicht in die nach dem Gesetz von 1954 einzutragenden Baudenkmäler eingereiht werden. Sein Abbruch würde aber in dem altgewohnten Bild doch fehlen, während er in einem Neubau den Maßstab und Übergang sicherte. Er könnte auch seine Krone, die noch da ist, wiedererhalten. Die fast 200 Jahre alte Stuckdecke des Saales im Erdgeschoß und die Ofennische haben im Vortragssaal des Museums einen sehr schönen Platz gefunden und geben ihm eine besondere Note. Den Giebel zu erhalten,

kostet als Einzelmaßnahme sicher einiges, ist in den Gesamtkosten des geplanten Neubaus jedoch nur in Promille auszudrücken. Holm 17 ist nur durch eine Überholung von Grund auf zu retten, Holm 19/21 dagegen in der Bausubstanz seiner Vorderbauten so gesund, daß es einen weitgehenden inneren Umbau ertragen könnte. Auch auf einige andere Giebel am Holm werden wir nicht verzichten wollen, um so weniger, wenn die Straße wirklich einmal „Domäne“ der Fußgänger werden soll. Einer gesunden inneren Nutzung brauchen auch die Giebel nicht im Wege zu stehen. Wer dagegen sollte die Bausünden am Südermarkt je wieder ausgleichen?

Sind aber andererseits nicht auch die meisten unserer „schönen Höfe“ in der Innenstadt heute so verbaut, daß sie, ohne „Museum“ zu werden, in ihrer Bausubstanz dem angepaßt werden können, was wir dort haben müssen? Sind unsere beiden malerischen Straßen, der Oluf-Samson-Gang und der Herrenstall — als Ergebnis einer Grundstücksausnutzung recht skrupelloser Art sprechen sie jeder Forderung nach Licht, Luft und Hygiene Hohn — auch wirklich erhaltenswert? Muß man diese Frage nicht stellen, wenn in fast fünfzehn Jahren wirtschaftlicher Blüte nicht mehr geschehen ist, als Forderungen an die öffentliche Hand zu richten? Muß man hier nicht mit großem Bedacht heraus Schälen, was es zu erhalten und zu bewahren gilt? Es kommt auch hier darauf an, „Bereiche“ zu bilden, die die alte Sprache im neuen Stadtbild weitersprechen!

*

Wie die Sanierung unserer Innenstadt aussehen muß, haben wir gestreift. Ein gemeinsamer Wille ist dafür Voraussetzung. Es ist besser, die gesetzlich eingeräumten Möglichkeiten nur als Hilfen anzuwenden. Am Ende ist es auch nur billig, daß die Last der Finanzierung von dem getragen wird, dem sie zugute kommt, öffentliche Beiträge? — Auch der Landesfinanzminister hat in seinen Ausführungen in Westerland zum erwarteten Gesetz über die Förderung städtebaulicher Maßnahmen in Stadt und Land die Sanierung vornehmlich als Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft herausgestellt. Neben all den Baracken, die der Krieg hinterlassen hatte, sind fast zweihundert Sanierungswohnungen seither niedergelegt worden, vorwiegend an der Töpfer- und Süderfischerstraße sowie anderweit, um Frei- und Verkehrsraum zu schaffen. Das sind noch nicht viele der 1955 ermittelten zweitausend.

Verkehrssanierungen werden vorerst weiterhin der Anlaß zum Abriß sein. Den großen Rest wird man dann an Ort und Stelle durch neue Wohnbauten ersetzen müssen, wenn man nicht z. B. doch ein so geschlossenes Gebiet wie „Achter de Möhl“ anderen zentralen Zwecken zuführen oder Vorbehalten will.

*

Es ist hier nicht der Platz, alle Neubauten aufzuzählen, die augenfällig im neuen Stadtbild sind. Viele haben daran mitgewirkt und andere mit gutem Rat geholfen,

so die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung. Professor Wehner und Professor Trautwein waren bereits erwähnt, Professor Wilhelm mit seinem schönen Hallenbad, Architekt Fischer mit dem neuen Rathaus, die Kopenhagener Architekten Holm und Krut mit ihrer Dänischen Zentralbücherei und viele Architekten, die wir hier nicht besonders nennen können, ebenso wie die berufenen Berater des Landes und die, deren Auftrag es ist, für die Stadt zu bauen. Es kam hier vielmehr darauf an, das als Prinzip herauszustellen, was die neue Stadt von der alten unterscheidet. Fassen wir das zusammen:

Sie ist über die Enge des Tales in einen weiteren landschaftsbestimmten Raum hinausgewachsen, dessen Struktur zum gestaltenden Faktor erhoben ist. Der verhaltene Maßstab ihrer Großbauten, das neue Rathaus voran, hat das alte Bild der Innenstadt nicht „gesprengt“. Wo hohe Bauten entstanden sind und nach Plan noch weiter entstehen werden, stecken sie nach außen hin den neuen Rahmen ab. Ihre neuen Bauflächen sind in erfaßbare Einheiten untergliedert. Die verhältnismäßig große Stadt ist kein unüberschaubares Häusermeer geworden, wie es frühere Pläne wollten, sondern eine Folge von Einheiten und Zuordnungen, die neben Grün auch die Klarheit ihrer Gliederungen erkennen lassen. Die Planung ihrer Glieder und ihrer künftigen Gesamtstruktur folgt innerer Gesetzmäßigkeit und gesunden Maßstäben vom Menschen her.

Die westliche Umgehungsstraße schmiegt sich an das vorhandene Baugebiet an und wird zum bleibenden Element in unserem Stadtbild — vorerst zu einer nicht ohne weiteres überspringbaren Grenze, und das ist richtig. Es ist heute schon erkennbar, wie fein sie in die Landschaft eingepaßt ist und mit welcher Sorgfalt ihre Erbauer vorgehen.

Der verhältnismäßig breite Straßenzug um die Innenstadt, mit einem auf das Zehnfache erweiterten Neumarkt — wer kann seine unwahrscheinliche Enge heute noch erinnern? — schafft nicht nur eine eindeutige Verkehrssituation, sondern auch ein neues Forum für die Stadt, das ihrer neuen Größe angemessen ist. Ihr Straßennetz, oft spröde und eckig wie manchmal auch unerwartet steil, wird so ergänzt, daß ein turbulenter Verkehr Raum findet. Zeitgerecht erweitert und entflochten, muß er in den alten Straßen nicht zum Erliegen kommen und wird in Wohngebiete nur dort einfließen, wo er zu bedienen hat.

Zusammengefaßt klingt dies alles sehr einfach. Das muß es auch — und ist doch keineswegs selbstverständlich!

*

Unfertig ist alles Werdende, ein Torso noch und Anlaß zu tausenderlei Kritik und Unzufriedenheit — aber heute doch so abgezeichnet, daß es sich dem aufmerksamen Betrachter nunmehr erschließt. Wie sich ihm das Stadtbild darbietet, hängt viel von seiner Art der Fortbewegung ab. Der Fußgänger überschaut nur einen kleinen Raum. Seiner Betrachtung und Kritik sind alle

Einzelheiten ausgesetzt. Der im Auto Vorbeifahrende vermag Gebäude nur als Marken (Dominanten) an seinem Weg wahrzunehmen. Vom Flugzeug her aber sind nur Flächenzusammenhänge und größere Gruppen „erfaßbar“. Kritiker und Betroffener bleibt der Verweilende, der Fußgänger.

Aus der Arbeit des Grenzfriedensbundes

Die Schulgroßfahrten dieses Jahres

fürhten 670 Kinder aus 27 Schulen der Kreise Eckernförde, Schleswig und der Kreise Flensburg Stadt und Land vom 3. bis 11. Mai in den Harz. 153 Kinder erhielten hierzu einen Zuschuß von insgesamt 4035 DM. Aus 30 Schulen des Kreises Rendsburg fuhren 781 Kinder in der Zeit vom 14. bis 22. Mai an den Rhein. 170 Kinder erhielten hierfür eine Beihilfe im Betrage von 4500 DM. Zu den diesjährigen Schulgroßfahrten gewährte der Grenzfriedensbund also insgesamt für 323 minderbemittelte Kinder Fahrzuschüsse in der Gesamthöhe von 8535 DM.

*

Die Harzfahrt wird von einem der Teilnehmer wie folgt geschildert:

Die Fahrt in den Harz

950 Jungen und Mädchen erwarteten mit ihren Lehrern am frühen Morgen des 3. Mai auf einigen Bahnhöfen im Landesteil Schleswig den Sonderzug, der sie nach Goslar und Bad Harzburg brachte. Von dort ging es – bei herrlichem Wetter – per Omnibus in etliche Jugendherbergen des Oberharzes. Noch am Abend wurde ausgepackt, eingerichtet, Haus und Gelände erkundet. Die Wanderschuhe standen bereit. Und dann kam der große Regen, hartnäckig, ausdauernd, anhaltend, zäh, in großen, kalten Tropfen, vom Wind schräg über die Harzhöhen gejagt oder fein und dicht wie Nebel, Landschaft, Bäume und Menschen umklammernd, ein Regen, der alles ein- und aufweicht, der geduldig erst Kopf und Schultern und Knie und dann auch den Hals, den Rücken, die Beine und Füße erreicht; d. h. nur bei denen, die sich hinauswagten. Aber das taten alle 950 Harzfahrer, Tag für Tag. Jeden Morgen brachen sie wieder auf, durchwanderten die Harzwälder, besuchten die kleinen Städte und Kurorte, besichtigten hier ein altes Silbererzbergwerk, dort eine Tropfsteinhöhle, marschierten um die Talsperren und erstiegen die Höhen, bewunderten die Wasserfälle und beobachteten die Wildfütterung. Einmal waren sicher alle Klassen in Goslar, in der alten Kaiserstadt am Rammeisberg, und die meisten haben auch die Zonengrenze, die den Harz wie das ganze Deutschland so widersinnig teilt, aufgesucht und aus unmittelbarer Nähe erlebt.

In der Herberge war noch am Abend Zeit, um miteinander zu singen, zu spielen, neue Freundschaften zu schließen und das Zeug zu richten für einen neuen Wandertag. Wer nur einmal am Tag richtig naß geworden war, lobte das gute Wetter.

Nach einer Woche hatte es die Sonne geschafft; gerade rechtzeitig zur Abreise

vertrieb sie alle Wolken und strahlte über die Harzberge, als wollte sie zum Wiederkommen einladen. Aber dazu waren auch so alle bereit, auch bei Regen. Ein Wort hätte genügt.

Tho.

34 Rapstedter Schüler zusammen mit Eckernförder Kameraden acht Tage im Oberharz

Alljährlich unternimmt die Oberstufe der Rapstedter Schule eine große Fahrt. In diesem Jahr schlossen sich 34 Schüler einer Lehrgroßfahrt des Kreises Eckernförde an, die vom 3. bis 11. Mai dauerte. Leider regnete es jeden Tag.

Während des achttägigen Aufenthaltes bildete Torfhaus im Oberharz (811 m) das Quartier für die Jungen und Mädchen aus Nordschleswig. Vom Torfhaus hatte man einen wunderschönen Blick auf den Brocken, der, nur 5 km entfernt, leider aber wegen der Zonengrenze unerreichbar war.

Die erste Wanderung führte in das herrliche, von vielen großen Steinen angefüllte Okertal. Große Bewunderung fand die 70m hohe Staumauer des Okerstausees. Mittagsrast wurde gemacht an der Ronkerhalle, an einem 60m hohen Wasserfall. Am nächsten Tag sollte die Wolfswarte erklommen werden. Leider machte der hohe Schnee, der noch weite Gebiete des Hochharzes bedeckte, dies unmöglich. Nachmittags wurde eine Wanderung an die Zonengrenze unternommen. Völlig durchnässt gelangte man wieder im Torfhaus an.

Wohl zu den schönsten Wanderungen zählte die zu den „Rabenklippen“, hart an der Zonengrenze gelegen. Anschließend marschierte man weiter nach Bad Harzburg, wo die Abfahrt vom Burgberg mit der Seilbahn zu einem Erlebnis wurde. Am folgenden Tag zeigte uns eine große Harzrundfahrt die schönsten Teile des Westharzes. In Clausthal-Zellerfeld besichtigte man das Bergwerksmuseum, in Bad Grund die Tropfsteinhöhlen und in Goslar die Kaiserpfalz. Leider verhinderte dichter Nebel und starker Regen einen Einblick in das bergige Land. Auch die Ersteigung des Achermannes (926m) am folgenden Tag ließ den gewaltigen Blick nur erahnen. Man ließ sich jedoch wegen des schlechten Wetters die gute Stimmung nicht nehmen. Dafür sorgte wohl auch die vorbildliche Unterbringung in der Jugendherberge.

Guten Kontakt fand man mit den Schülern aus Rieseby, die ebenfalls im Torfhaus untergebracht waren. Abends vor allem fand man sich zusammen bei gemeinsamen Gesellschaftsspielen. – So manche Freundschaft wurde geschlossen, und man versprach, sich gegenseitig zu besuchen.

Alles in allem war es eine Fahrt, die trotz des dauernden Regens von den Rapstedtern nicht so schnell vergessen wird.

„Der Nordschleswiger“

Die Bedeutung der Erwachsenenbildung für die europäische Einigungsbestrebungen

war das Thema des Vortrages, den Dr. H. P. Johannsen in der deutschen Nach- und Volkshochschule in Tingleff hielt. Der Vortrag war Teil des Programms einer Studienfahrt führender Politiker, Beamten und Journalisten aus Schleswig-Holstein, die unter dem Leitwort „Zusammenarbeit im freien Europa – unser Nachbar Dänemark“ veranstaltet wurde und die Teilnehmer von Tondern über Tingleff nach Apenrade, Vejen, Herning, Århus, Odense, Lejre, Kopenhagen, Solrød und Saksøbing führte.

Schleswig – Mauer oder Brücke?

Hierüber sprach am 6. Juni Dr. H. P. Johannsen vor dem Kreislehrerverein in Niebüll.

*

Eine Fahrt nach Apenrade, Ripen und zur Insel Röm

unternahm die Mitglieder des Grenzfriedensbundes der Stadtbücherei Flensburg. Die Fahrt galt u. a. der Besichtigung des Deutschen Gymnasiums in Apenrade.

Denkt an den Jahresbeitrag 1965

Unsere Bitte um Zahlung des Jahresbeitrages für 1965 hat bisher kaum Erfolg gehabt. Es wird erneut dringend gebeten, die Überweisung bald vorzunehmen. Der Geschäftsstelle werden dadurch erhebliche Arbeit und Kosten erspart.

Die Geschäftsstelle

Besuch deutscher Gewerkschafter in Sonderburg

Am 6. und 7. Mai 1965 besuchte der Vorstand des Landesbezirks Nordmark des Deutschen Gewerkschaftsbundes Sonderburg und die Insel Alsen.

Bei diesem ersten offiziellen Besuch des Landesbezirksvorstandes war u. a. am Abend des ersten Tages eine Zusammenkunft mit dänischen Gewerkschaftskollegen, wobei diese über ihre gewerkschaftspolitischen und sozialen Probleme berichteten. Der nächste Tag begann mit einem Empfang im Sonderburger Rathaus durch den Bürgermeister. Anschließend wurde das Werk Danfoss auf Alsen eingehend besichtigt. In einem abschließenden Gespräch wurde von den deutschen Gewerkschaftsfunktionären mit besonders starkem Interesse die Frage des Standortes dieses Werkes berührt.

Die Bedeutung dieses Besuches wurde von allen Seiten unterstrichen, und es wird in der Zukunft dieser Kontakt sicherlich noch stärker vertieft.

H. Sch.

*

Die Jahrestagung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes

In einer Zeit des Hastens und Drängens, in der die Kultur zu einem Konsumartikel zu werden droht, gelingt es dennoch, Grenzland- und Heimatarbeit, Volkstums- und Landschaftspflege, wozu sich Zehntausende im Lande bekennen, immer stärker zu aktivieren. Diese Feststellung wurde bei der Jahrestagung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes am 16. und 17. Mai in Bredstedt getroffen und durch Rechenschaftsbericht und Ausschußsitzungen bestätigt. An der Tagung nahmen neben den Vertretern der Selbstverwaltung, der Behörden und der befreundeten Organisationen etwa 200 Delegierte der Ortsvereine und der regionalen Landschaftsverbände teil. Wie immer, so war auch diesmal Gelegenheit gegeben, sich durch Vortrag, Ausstellung, Heimatabend und Besichtigungsfahrt von den Eigenheiten und Anliegen der gastgebenden Stadt und ihrer Umgebung zu beschäftigen.

Aus dem Jahresbericht, den der Bundes-Vorsitzende Oberregierungs- und Schulrat Peter Petesen, Flensburg, erstattete, und aus den Arbeitsbesprechungen der Ausschüsse ergaben sich eine Fülle bemerkenswerter Einzelheiten. Hervorzuheben ist die Tatsache, daß die von der Bundeszentrale geleistete Arbeit undenkbar und in mancherlei Hinsicht auch nicht erkennbar wäre ohne die umfassende Breitenarbeit der 66 Gliederungen und Verbände mit ihren 34 000 Mitgliedern.

Die Mitgliederversammlung gab den Gästen Gelegenheit, nun auch von sich aus zur Arbeit des SHHB Stellung zu nehmen. Mit deutlicher Anspielung auf die besondere Situation im Grenzland, sagte Dr. Onnasch, Kiel, die Landesregierung sei der Meinung, daß es sich bei dieser Arbeit nicht um engstirnigen Lokalpatriotismus handle, sondern es ginge ihr um die Treue zu den Landschaften und ihren Menschen, um Sprache, Kultur und Geschichte – dies aber „frei von allem Dünkel und von jeder Überheblichkeit und voller Respekt vor der Heimatliebe andersgearteter Menschen“. Bürgermeister Wulff, Bredstedt, hob die Sorgen der kleinen Städte hervor, die das heimatische Kulturgut als Zentralen der bäuerlichen Landschaften besonders pflegen, aber sich immer wieder mit individuellen Wünschen auseinanderzusetzen hätten, die ohne Rücksicht auf die Landschaft an sie herangetragen werden.

Mit der Lornsen-Kette wurde Fr. Christensen, Apenrade, geehrt, der sich durch seine jahrzehntelange Tätigkeit in führenden Ämtern um das Deutschtum in Nordschleswig hohe Verdienste erworben hat.

Unter dem Sondertitel „Nordfriesland und seine Menschen“ wurde nach Husum

und Flensburg eine dritte Ausstellung von Werken des 75jährigen Kunstmalers *Albert Johansen* eröffnet, über den die Flensburger Museumsdirektorin *Dr. Ellen Redlefsen* sprach.

„Flensburger Tageblatt“

*

Die Vollversammlung des Grenzpolitischen Rats für den Landesteil Schleswig wurde am 26. Mai in Tingleff durchgeführt, um damit die Verbundenheit mit der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig zu unterstreichen. Über „Aktuelle Fragen des volklichen Wettstreits im Grenzland“ sprach der Chefredakteur des „Nordschleswiger“, Jes Schmidt. Er trat dafür ein, klare Richtlinien für die Methoden zu entwickeln, nach denen von deutscher Seite aus erfolgreich in diesen Wettstreit eingetreten und auf die Gestaltung der Verhältnisse Einfluß genommen werden kann.

Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Reg.-Dir. i.R. Dr. Gaede gehört dem Vorstand nunmehr als gewähltes Mitglied an und Präsident i.R. Clasen als Ehrenmitglied.